



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

10.06.1932 (Nr. 122)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 10. Juni 1932 • Nummer 122

Heute abend:

Sprechabend des Distriktes
Dozentor im Oberen
Saale der Centralhallen.
Beginn 20.30 Uhr.
Alle kommen!

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle Papenstraße 15. Redaktion Langenstr. 48. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr. — Fernspr. Domsb. 25878.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsförderung, Streik, Verbot Aussperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gelbpatente min. Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Viertel RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengelände RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Nachdruckverboten ohne Verbindlichkeit.

NSDAP. und Südtirol

Wir haben niemals Geld von Ausländern erhalten

Adolf Hitler als Zeuge

Empörende Vorfälle vor einem deutschen Gericht

In München findet zurzeit ein Prozeß statt, in dem sich die deutsche Freiheitsbewegung und mit ihr der Führer Adolf Hitler mit einer Reihe schmutziger Verleumdungen und hinfälliger Verdächtigungen auseinandersetzen muß. Es handelt sich um den Vorwurf, wir wären von Italien bezogen worden mit dem Zweck, Südtirol zu verzaubern. Diese Behauptung hat ein gewisser Schriftsteller Abel, vielfach vorbestraft und bekannt wegen Hochverrats, unter Eid vor Gericht aufgestellt. Er hat sich jetzt vor einem Münchener Schwurgericht wegen Meineids zu verantworten.

Diese Gelegenheit benutzt der seitdem bekannte jüdische Rechtsanwalt Rosenfeld, in niederrichterlicher Weise die deutsche Freiheitsbewegung zu verleumdern. Obwohl die Unmöglichkeit der von Abel gemachten Behauptungen schon dadurch bewiesen ist, daß der Italiener Migliorati als angesehener Vermittler der Besetzungsgelder erklärt hat, er kenne weder Hitler noch sonst Nationalsozialisten, habe nichts mit dem Faschismus zu tun

und habe nie Gelder vermittelt, unternimmt es dieser Rosenfeld, den verschiedenen nationalsozialistischen Zeugen und besonders dem Führer in bekannter jüdischer Verteidigermanier Fragen vorzulegen, die nachher dazu benutzt werden sollen, in der jüdischen Presse genügend ausgeschaltet zu werden. Leider hat das Gericht es nicht vermocht, diese Infamie zu unterbinden und so sah sich der Führer schließlich gezwungen, dem Rosenfeld folgende Antwort zu verweigern, worauf das Gericht ihn mit 1000 RM. Geldstrafe belegte. Die nächsten Einzelheiten sind in folgendem Prozeßbericht wiedergegeben. Wir legen hier nur an dieser Stelle, daß die deutsche Justiz solange dem Rechtsempfinden des Volkes fremdbeliebig wird, solange sie es duldet oder dulden muß, daß ein Feind wie Rosenfeld deutsche Menschen bis auf Blut provoziert und sich dabei des richterlichen Schutzes erfreut. Solche Ereignisse werden in Zukunft vor deutschen Gerichten nichts mehr zu machen haben.

eine unerhörte Belastung seiner politischen Unabhängigkeit auflösen würde, wenn er überhaupt für eine bestimmte politische Tätigkeit von irgendjemanden eine Bezahlung entgegennehmen würde. Er würde darin eine Fesselung seiner Politik sehen. Er könne gerade keine Italien-Politik der Verständigung und Versöhnung zwischen Italien und Deutschland verantworten, weil er

finanziell überhaupt nichts mit dem Auslande zu tun habe.

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß beauptet werde, daß die nationalsozialistische Bewegung aus dem Auslande, auch aus dem früher feindlichen Auslande Geldunterstützungen erhalten habe, erwiderte Hitler, daß die nationalsozialistische Bewegung eine gescheiterte Organisation sei, die nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern überall verbreitet sei, wo Deutsche in der Welt leben. Die NSDAP. habe eine eigene Abteilung für Auslandsdeutsche und Ortsgruppen seien überall vorhanden, bis nach China und Japan. Auch die Zeitung der nationalsozialistischen Bewegung, der „Völkische Beobachter“, sei in fast

ganz Europa und in den überseeischen Ländern verbreitet. Die eingegangenen Unterstützungsgelder seien vollständig auch nur von diesen auslandsdeutschen Gruppen der NSDAP. hergekommen. Das Geld sei aber von Deutschen gegeben

Gregor Strasser spricht

am 14. Juni von 19 Uhr bis 19.30 Uhr im Rundfunk über das Thema „Die Staatsidee des Nationalsozialismus“. Die Rede wird auf alle deutschen Sender übertragen.

worden und niemals von einem Franzosen, Engländer oder sonst einem Ausländer. Die NSDAP. habe niemals von solchen Ausländern Geld genommen oder Geld verlangt oder Geld empfangen. Insbesondere habe sie von Italien keinen Cent bekommen.

Hitler begründet dann nochmals seine

Stellung zur Südtiroler Frage

Die deutsche Politik glaube, durch Proteste und Drohungen das Schicksal der Südtiroler erleichtern zu können. Diese Politik sei falsch. Er halte es für richtig, auch im Interesse der Südtiroler selbst, zu einer Verständigung mit Italien zu kommen. Nicht daß die Nationalsozialisten kein Gefühl für die Südtiroler Frage hätten, aber mit Geschäftsaussichten könne man nicht helfen. Hier müsse eine weisende politische Reorientierung eintreten.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Ehrhardt, ob Hitler bekannt geworden sei, daß Vertreter seiner Partei Verhandlungen mit Italien geführt hätten, erklärte Hitler: „Was heißt Vertreter der Partei?, das können nur Leute sein, die mich persönlich vertreten, denn die Partei bin ich“. Auf die weitere Frage, ob Hitler jemand beauftragt habe, mit Mussolini oder der italienischen Regierung zu verhandeln, antwortete Hitler mit einem entschiedenen „Nein“.

Trotzdem also die ganze Ungeheuerlichkeit der Behauptungen Abels eindeutig widerlegt waren, ließ es das Gericht zu, daß die beiden jüdischen Rechtsanwälte Rosenfeld und Ehrhardt die nie-

derträchtigsten Zumutungen dem Führer stellten. Als schließlich gefragt wurde, ob es richtig sei, daß die Hitler-Bewegung Geld von den Stoba-Werken und dem Schneider-Kreuz-Konzern bezogen hätte, fuhr Hitler in höchster Empörung auf und schrie den Verteidigern zu:

„Ich lasse mich nicht beleidigen, was fällt Ihnen ein? Ich kann es vor den Millionen meiner Anhänger nicht verantworten, mich hier insulieren zu lassen. Ich gebe diesen jüdischen Rechtsanwälten keine Antwort mehr.“

(Beifallsstürmen im Zuschauerraum.)

Der Vorsitzende ermahnte Hitler zur Ruhe und machte ihn darauf aufmerksam, daß er jetzt die vom Gericht zugelassenen Fragen der Rechtsanwältin beantworten müsse. Hitler betonte nochmals, daß es für ihn und seine gesamte Bewegung unerträglich sei, in dieser Weise insuliert zu werden. Alle diese Dinge, die ihm hier vorgehalten würden, seien von A bis Z erlogen. Mehrere wiederholte Versuche des Vorsitzenden, Hitler zu bewegen, den unwürdigen Antwort zu geben, blieben erfolglos.

Ein deutsches Gericht schützt den Verleumder

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Angeklagte und seine Verteidiger auf dem Gerichtsgang vor dem Schwurgerichtssaal angerempelt worden seien und daß er, der Vorsitzende, deshalb die polizeiliche Räumung des Ganges veranlaßt habe. Sodann verkündete der Vorsitzende, daß das Gericht den Zeugen Hitler wegen Verweigerung des Zeugnisses zu einer Ordnungsgeldstrafe von 800 Mark, im Nicht-einbringungsfall zu 16 Tagen Haft, sowie zur Tragung der durch die Verweigerung verursachten Kosten verurteilt habe. Ferner wird der Zeuge Hitler wegen Ungebühr in der Sitzung zu einer Ordnungsgeldstrafe von 200 Mark, im Nicht-einbringungsfall zu drei Tagen Haft verurteilt. In der

Begründung des Urteils wurde angeführt, daß der Zeuge sich laut schreien gegen die Verteidiger gewandt und in verletzendem Ton von „jüdischen Rechtsanwälten“ gesprochen habe.

Da der seitdem bekannte Rosenfeld sich keiner Verleumdungskampagne durchsicht bewußt ist, gab er die Erklärung ab, daß es „der Verteidigung“, infolge des Verschleiens des Zeugen Hitler unmöglich sei, die „Wahrheit“ zu ermitteln. Die Aussage des Zeugen hindere die Verteidigung, an ihn Fragen zu richten, die die Verteidigung für notwendig halte. Das müsse festgestellt werden, damit die Öffentlichkeit wisse, woran es liegt, wenn die Wahrheit in diesem Prozeß nicht ermittelt werde.

Auf Einwirken des Vorsitzenden erklärte sich

Meineids-Prozeß Abel

Um die Beziehungen Hitlers zum italienischen Faschismus

Berlin, 9. Juni. Gelegenheit eines vor dem Münchener Landgericht als Berufungssitzung wegen der Verhaftung, Hitler habe für seine Partei Gelder aus Italien empfangen, hatgefundenen Verleumdungsprozeß Adolf Hitlers gegen den deutsch-jüdischen Führer v. Gräfe-Golbe hatte der Schriftsteller Werner Abel unter Eid ausgesagt, daß er persönlich zugegen gewesen sei, wie Adolf Hitler in München mit einem italienischen Mittelsmann zusammengekommen sei, und daß er wisse, daß Hitler von diesem Mann Geld erhalten habe. Auf Grund dieser Aussage wurde gegen Abel, der vielfach vorbestraft ist, ein Meineidsverfahren eingeleitet, mit dem sich das Münchener Schwurgericht seit Dienstag beschäftigt. Der Angeklagte befindet sich in der Verhandlung seine Behauptung aufrecht.

Dagegen verliest der Vorsitzende das Protokoll über die kommissarische Vernehmung des in New York lebenden Italiener Migliorati, der nach den Angaben Abels mit Hitler im Auftrag der italienischen Faschisten wegen einer finanziellen Unterstützung der Nationalsozialisten verhandelt haben soll.

Migliorati stellt in diesem Protokoll fest, daß er Kaufmann und niemals Hauptmann gewesen sei. Er sei seit 1917 schweizerischer Staatsangehöriger und sei weder am Faschismus noch am Nationalsozialismus interessiert. Im Oktober 1923 habe er sich 30 Stunden lang zum Besuch seiner Schwester in München aufgehalten und habe dabei den Abel als Prinz Hohenburg kennengelernt. Dagegen habe er Hitler niemals gesehen und besonders niemals Gelder der italienischen Faschisten den Nationalsozialisten angeboten oder vermittelt.

In der Donnerstag-Verhandlung wurde

Adolf Hitler als Zeuge

gehört.

Er erklärte, daß er Werner Abel nie persönlich kennengelernt habe. Aber die Vernehmung der Finanziergründer und Hochbedeute, wo nach der Angabe Abels die Vernehmung Hitlers und des Italiener Migliorati sowie die Vereinbarung einer Besprechung hatgefunden haben soll, erklärte Hitler, daß er verpölet in diese Vernehmung gekommen sei, sofort eine Ansprache gehalten, dann nur noch einige kurze Worte mit Rosenfeld gesprochen und darauf die Vernehmung verlassen habe. Er könne auf das Bestimmteste versichern, daß er an jenem Tage keinem Italiener dargelegt worden sei, und daß er mit niemanden eine Vereinbarung für eine spätere Besprechung getroffen habe. Den Namen des angeblichen Italiener Migliorati habe er bis zu diesem Prozeß nicht gekannt.

Er habe überhaupt noch niemals eine Unterredung mit einem Italiener in dem von Abel behaupteten Sinne geführt, daß die NSDAP. eine bestimmte Südtirol-Politik machen wolle und dafür eine Unterstützung von Italien erwarte oder annehme.

Er habe in Gesprächen mit Italienern immer gesagt, es würde seinen Kampf für eine deutsche italienische Verständigung erleichtern, wenn man in Südtirol gewisse Erleichterungen eintreten lassen würde. Es sei in solchen Fällen auch von Italienern erklärt worden, daß, wenn erst einmal die gesamte Atmosphäre zwischen Deutschland und Italien vereinigt sein würde, eine gewisse freundschaftliche Behandlung der Südtiroler Frage in die Wege geleitet werden könnte.

Er sei überzeugt, daß die Lage der Südtiroler auf diesem Wege erleichtert würde.

Hitler versicherte unter ausdrücklicher Bezugnahme auf seinen Eid, daß er es persönlich als

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 10. Juni 1932 • Nummer 122

Heute abend:

Sprechabend des Distriktes Doventor im Oberen Saale der Centralhallen.
Beginn 20.30 Uhr.
Alle kommen!

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Ebiele. Verlag: Bremer nationalsozialistische Zeitung, Kurt Ebiele, Geschäftsstelle Papenstraße 15. Redaktion Langenstr. 48. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr. — Fernspr. Domsh. 253 78.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot Auslieferung usw. hat der Besteller seinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gepaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Zertitel RM 0.50, auswärts RM 0.70, Stellengedrucke RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Nachverordnungen ohne Verbindlichkeit.

NSDAP. und Südtirol

Wir haben niemals Geld von Ausländern erhalten

Adolf Hitler als Zeuge

Empörende Vorfälle vor einem deutschen Gericht

In München findet zurzeit ein Prozeß statt, in dem sich die deutsche Freiheitsbewegung und mit ihr der Führer Adolf Hitler mit einer Reihe unzulässiger Behauptungen und falscher Verleumdungen auseinandersetzen muß. Es handelt sich um den Vorwurf, wir hätten von Italien Geld erhalten. Diese Behauptung hat ein gewisser Schriftsteller Abel, vielfach verbreitet und bekannt wegen seiner Tätigkeit, unter Eid vor Gericht aufgestellt. Er ist jetzt vor einem Münchener Schwurgericht wegen Meineids zu verantworten.

Diese Gelegenheit benutzte der jüdische belarussische Rechtsanwalt Rosenfeld, in nichtträglicher Weise die deutsche Freiheitsbewegung zu verleumden. Obwohl die Unmöglichkeit der von ihm gemachten Behauptungen schon dadurch bezeugt ist, daß der Italiener Migliorati als anerkannter Vermittler der Befreiungsbewegung erklärt hat, er kenne weder Hitler noch sonst Nationalsozialisten, habe nichts mit dem Faschismus zu tun

und habe nie Gelder vermittelt, unternimmt es dieser Rosenfeld, den verschiedenen nationalsozialistischen Zeugen und besonders dem Führer in belarussische jüdische Verteidigermanier Fragen vorzulegen, die nachher dazu benutzt werden sollen, in der jüdischen Presse genügend angelegentlich zu werden. Dieser hat das Gericht es nicht vermocht, diese Falschheit zu unterbinden und so ließ sich der Führer schließlich gezwungen, dem Rosenfeld jegliche Antwort zu verweigern, worauf das Gericht ihn mit 1000 RM Geldstrafe belegte. Die näheren Einzelheiten sind in folgendem Prozeßbericht wiedergegeben. Wir sagen hier nur an dieser Stelle, daß die deutsche Justiz solange dem Hochverrat des Volkes fremdbleiben wird, solange sie es duldet oder dulden muß, daß ein Fremder wie Rosenfeld deutsche Menschen bis auf Blut provoziert und sich dabei des richterlichen Schutzes erfreut. Solche Erscheinungen werden in Zukunft vor deutschen Gerichten nichts mehr zu suchen haben.

eine unerhörte Belastung seiner politischen Unabhängigkeit auflösen würde, wenn er überhaupt für eine bestimmte politische Tätigkeit von irgendjemanden eine Vergütung entgegennehmen würde. Er würde darin eine Fesselung seiner Politik sehen. Er könne gerade seine Italien-Politik der Verteidigung und Befreiung zwischen Italien und Deutschland verantworten, weil er

finanziell überhaupt nichts mit dem Ausland zu tun habe.

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß behauptet werde, daß die nationalsozialistische Bewegung aus dem Ausland, auch aus dem früher feindlichen Ausland Geldunterstützungen erhalten habe, erwiderte Hitler, daß die nationalsozialistische Bewegung eine großdeutsche Organisation sei, die nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern überall verbreitet sei, wo Deutsche in der Welt leben. Die NSDAP. habe eine eigene Abteilung für Auslandsdeutsche, und Ortsgruppen seien überall vorhanden, bis nach China und Japan. Auch die Zeitung der nationalsozialistischen Bewegung, der „Völkische Beobachter“, sei in fast

ganz Europa und in den überseeischen Ländern verbreitet. Die eingegangenen Unterstützungen seien selbstverständlich auch nur von diesen auslandsdeutschen Gruppen der NSDAP. hergekommen. Das Geld sei aber von Deutschen gegeben

Gregor Strasser spricht

am 14. Juni von 19 Uhr bis 19.30 Uhr im Rundfunk über das Thema „Die Staatsidee des Nationalsozialismus“. Die Rede wird auf alle deutschen Sender übertragen.

worden und niemals von einem Franzosen, Engländer oder sonst einem Ausländer. Die NSDAP. habe niemals von solchen Ausländern Geld genommen oder Geld verlangt oder Geld empfangen. Insbesondere habe sie von Italien keinen Pfennig bekommen.

Hitler begründet dann nochmals seine

Stellung zur Südtiroler Frage

Die deutsche Politik glaube, durch Proteste und Drohungen das Schicksal der Südtiroler erleichtern zu können. Diese Politik sei falsch. Er halte es für richtig, auch im Interesse der Südtiroler selbst, zu einer Verständigung mit Italien zu kommen. Nicht daß die Nationalsozialisten kein Gefühl für die Südtiroler Frage hätten, aber mit Gefühlsausbrüchen könne man nicht helfen. Hier müsse eine weitgehende politische Neuorientierung eintreten.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Ehardt, ob Hitler bekannt geworden sei, daß Vertreter seiner Partei Verhandlungen mit Italien geführt hätten, erklärte Hitler: „Was heißt Vertreter der Partei? Das können nur Leute sein, die mich persönlich vertreten, denn die Partei bin ich“. Auf die weitere Frage, ob Hitler jemand beauftragt habe, mit Mussolini oder der italienischen Regierung zu verhandeln, antwortete Hitler mit einem entschiedenem „Nein“.

Trotzdem also die ganze Ungeheuerlichkeit der Behauptungen Abels eindeutig widerlegt waren, ließ es das Gericht zu, daß die beiden jüdischen Rechtsanwälte Rosenfeld und Ehardt die nie-

berachtigten Annahmen des Führers stellten. Als schließlich gefragt wurde, ob es richtig sei, daß die Hitler-Bewegung Geld von den Stoba-Berlen und dem Schneider-Greco-Konzern bezogen hätte, fuhr Hitler in höchster Empörung auf und schrie den Verteidigern zu:

„Ich lasse mich nicht beleidigen, was fällt Ihnen ein? Ich kann es vor den Millionen meiner Anhänger nicht verantworten, mich hier insulieren zu lassen. Ich gebe diesen jüdischen Rechtsanwälten keine Antwort mehr.“

(Beifallsstürmen im Zuscherraum.)

Der Vorsitzende ermahnte Hitler zur Ruhe und machte ihn darauf aufmerksam, daß er jetzt die vom Gericht zugelassenen Fragen der Rechtsanwältin beantworten müsse. Hitler betonte nochmals, daß es für ihn und seine gesamte Bewegung unerträglich sei, in dieser Weise insuliert zu werden. Alle diese Dinge, die ihm hier vorgehalten würden, seien von A bis Z erlogen. Mehrere wiederholte Verleumdungen des Vorsitzenden, Hitler zu bewegen, den Anwälten Antwort zu geben, blieben erfolglos.

Ein deutsches Gericht schützt den Verleumder

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Angeklagte und seine Verteidiger auf dem Gerichtssaal vor dem Schwurgerichtssaal angekommen seien und daß er, der Vorsitzende, deshalb die politische Klärung des Ganges veranlaßt habe. Sodann verlas der Vorsitzende, daß das Gericht den Zeugen Hitler wegen Verweigerung des Zeugnisses zu einer Ordnungsgeldstrafe von 800 Mark, im Nichterbringungsfall zu 16 Tagen Haft, sowie zur Tragung der durch die Verweigerung verursachten Kosten verurteilt habe. Ferner wird der Zeuge Hitler wegen Ungewißheit in der Sitzung zu einer Ordnungsgeldstrafe von 200 Mark, im Nichterbringungsfall zu drei Tagen Haft verurteilt. In der

Begründung des Urteils wurde angeführt, daß der Zeuge sich laut freier Willen gegen die Verteidiger gewandt und in verletzender Form von „jüdischen Rechtsanwälten“ gesprochen habe.

Da der jüdische Rechtsanwalt Rosenfeld sich einer Verleumdungskampagne durchaus bewußt ist, daß er die Erklärung auf, daß es „der Verteidigung“, infolge des Verhaltens des Zeugen Hitler unmöglich sei, die „Wahrheit“ zu ermitteln, die Angelegenheit des Zeugen hindere die Verteidigung, an ihn Fragen zu richten, die die Verteidigung für notwendig halte. Das müsse festgestellt werden, damit die Öffentlichkeit wisse, woran es liegt, wenn die Wahrheit in diesem Prozeß nicht ermittelt werden kann.

Auf Einwirken des Vorsitzenden erklärte sich

Meineids-Prozeß Abel

Um die Beziehungen Hitlers zum italienischen Faschismus

Berlin, 9. Juni. Gelegenheit eines vor dem Münchener Landgericht als Berufungssitzung wegen der Verhaftung, Hitler habe für seine Partei Geld von Italien empfangen, stattgefundenen Meineidsprozeß gegen Abel, gegen den belarussischen Führer v. Grafen-Goldbe hatte der Schriftsteller Werner Abel unter Eid ausgesagt, daß er persönlich Augenzeugen gewesen sei, wie Adolf Hitler in München mit einem italienischen Mann zusammengekommen sei, und daß er wisse, daß Hitler von diesem Mann Geld erhalten habe. Auf Grund dieser Aussage wurde gegen Abel, der vielfach verbreitet ist, ein Meineidsverfahren eingeleitet, mit dem sich das Münchener Schwurgericht seit Dienstag beschäftigt. Der Angeklagte hielt in der Verhandlung seine Behauptung aufrecht.

Dagegen verliest der Vorsitzende das Protokoll über die kommissarische Vernehmung des in Verhaftung lebenden Italieners Migliorati, der nach den Angaben Abels mit Hitler im Auftrage der italienischen Faschisten wegen einer finanziellen Unterstützung der Nationalsozialisten verhandelt haben soll.

Migliorati stellt in diesem Protokoll fest, daß er Kaufmann und niemals Hauptmann gewesen sei. Er sei seit 1917 schweizerischer Staatsangehöriger und sei weder am Faschismus noch am Nationalsozialismus interessiert. Im Oktober 1923 habe er sich 30 Stunden lang zum Besuch seiner Schwester in München aufgehalten und habe dabei den Abel als Prinz Menburg kennen gelernt. Dagegen habe er Hitler niemals gesehen und besonders niemals Gelder der italienischen Faschisten den Nationalsozialisten angeboten oder vermittelt.

In der Donnerstag-Verhandlung wurde

Adolf Hitler als Zeuge

gefragt. Er erklärte, daß er Werner Abel nie persönlich kennengelernt habe. Über die Vernehmung der Infantenrichterin und Hofbuch-Deute, wo nach der Angabe Abels die Vernehmung Hitlers und des Italieners Migliorati sowie die Vereinbarung einer Vernehmung stattgefunden haben soll, erklärte Hitler, daß er verpönte in diese Vernehmung gekommen sei, sofort eine Ansprache gehalten, dann nur noch einige kurze Worte mit Hofbuch gewechselt und darauf die Vernehmung verlassen habe. Er könne auf das Bestimmteste versichern, daß er an jenem Tage keinem Italiener vorgestellt worden sei und daß er mit niemandem eine Vereinbarung für eine spätere Vernehmung getroffen habe. Den Namen des angeblichen Italieners Migliorati habe er bis zu diesem Prozeß nicht genannt.

Er habe überhaupt noch niemals eine Unterredung mit einem Italiener in dem von Abel behaupteten Sinne geführt, daß die NSDAP. eine bestimmte Südtirol-Politik machen wolle und dafür eine Unterstützung von Italien erwarte oder annehme.

Er habe in Gesprächen mit Italienern immer gesagt, es würde seinen Kampf für eine deutsch-italienische Verständigung erleichtern, wenn man in Südtirol gewisse Erleichterungen eintreten lassen würde. Es sei in solchen Fällen auch von Italienern erklärt worden, daß, wenn erst einmal die gesamte Atmosphäre zwischen Deutschland und Italien bereinigt sein würde, eine gewisse freundschaftliche Behandlung der Südtiroler Frage in die Wege geleitet werden könnte.

Er sei überzeugt, daß die Lage der Südtiroler auf diesem Wege erleichtert würde.

Hitler versicherte unter ausdrücklicher Bezugnahme auf seinen Eid, daß er es persönlich als

Hilfer bereit, Fragen zu beantworten, die das Gericht an ihn stelle, dagegen aber werde er Fragen der Verteidigung nicht mehr beantworten. Der Vorstehende stellte fest, daß er keine Fragen an Hilfer mehr habe. Er richtete an die Verteidigung die Aufforderung, ob sie ihre Fragen durch das Gericht dem Zeugen Hilfer vorlegen lassen wolle. Diesen Vorschlag lehnte die Verteidigung ab. Damit war der Zeuge Hilfer entlassen, und ein Vorgang beendet, der den deutschen Justiz, soweit sie nicht in Formalismus erstickt ist und sich als Vertreterin des lebendigen Rechtes fühlt, nicht zur Ehre gereicht.

Rosenfeld attackiert den Vorsitzenden

Im weiteren Verlauf des Prozesses kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Rosenfeld und dem Vorsitzenden, der in ähnlicher Verleumdungsaffäre wie feinerzeit in Bremen dem Vorsitzenden vorwarf, bei der Vernehmung Hilfers durch Hemmungen beeinträchtigt gewesen zu sein. Obwohl der Vorstehende diesen Vorwurf zurückwies, stellte Rosenfeld in echt fühlbarer Frechheit fest, daß er von seinen Ausführungen kein Wort zurücknehme. Wir können hierzu nur sagen, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem sich dieser Rosenfeld wegen seiner unangenehmen Diffamierungen zu verantworten haben wird.

Das Gericht hat im übrigen beschloffen, neben einer Reihe von anderen Zeugen General Ludendorff, Leutnant Scherzinger, Reichswehrführer Brand II sowie noch einmal den Führer Adolf Hitler zu laden.

Gericht über Litauen

Litauischer Vertreter bittet um Verhängung.

Snag, 8. Juni. In dem Verfahren wegen der Verletzung des Memelstatuts erhielt zunächst der englische Vertreter Sir William Mallin das Wort zur Darlegung des Standpunktes der Unterzeichner des Memelabkommens. Er ging zunächst auf die Entziehung des Memelabkommens vom 9. Mai 1924 ein. Auf die Frage der Berechtigung des Gouverneurs des Memelgebietes zur Abhebung des Präsidenten des Memelbundes übergehend, betonte der Redner, im Memel-Abkommen sei als Voraussetzung für die Übertragung des Memel-Gebietes an Litauen eine Befristung von besten Oberhoheit über das Memelgebiet vorgesehen. Wohl ermahne der Gouverneur den Präsidenten des Direktoriums, gleichzeitig bestimmte aber das Statut, daß der Präsident im Amte bleibe, solange er das Vertrauen des Landtages besitze. Daraus folge, daß der Gouverneur nicht das Recht der Abhebung des Präsidenten habe.

Der französische Vertreter Garguerant schloß sich diesen Ausführungen an.

Anschließend äußerte sich der italienische Vertreter Piloti.

Nachdem dann noch der japanische Vertreter General Masunaga erklärt hatte, den Ausführungen der Vorrede nichts hinzuzufügen zu haben, hätte eigentlich der litauische Vertreter Eibilauskas antworten sollen. Er tat das jedoch um eine Pause von drei Tagen zur Vorbereitung seiner Antwort.

Der Vorstehende erklärte, daß der Gerichtshof diesen Antrag erwägen werde.

Süddeutsche Sabotage gegen von Papen?

München, 9. Juni. Am Donnerstagabend wurde von der konservativen amtlichen Pressestelle folgende Mitteilung herausgegeben: „Die heute in Karlsruhe versammelten Ministerpräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden haben an den Reichspräsidenten von Hindenburg nachstehendes Telegramm gerichtet: „Die unterzeichneten Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden bitten den Herrn Reichspräsidenten um einen Empfang anlässlich der Konferenz der Ministerpräsidenten am nächsten Samstag oder Sonntag, geg. Dr. Heß, Dr. Vols, Dr. Schmidt.“ Der Reichsführer wurde von dem Telegramm verständigt.

SPD. fordert Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 9. Juni. Der Vorstehende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Reichsheide, hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, Dr. Fried, ein Schreiben gerichtet, in dem er die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses fordert mit der Begründung, daß die Regierungserklärung v. Papens über die Außenpolitik sehr dürrig sei, trotzdem die Regierung zweifellos andere außenpolitische Ziele verfolge als die Regierung Brüning.

Sahn und Mulett beim Reichstangler.

Berlin, 9. Juni. Oberbürgermeister Dr. Sahn in seiner Eigenschaft als Vorherrscher des Stadtrates und der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Mulett, stellten dem Reichstangler am Donnerstag mittig ihren Besuch ab. Jügend des Besuches war, dem Reichstangler Bericht über die schwierige Lage der Gemeinden und über die besonders gelagerten Verhältnisse Berlins zu erstatten.

Bremer Volkszeitung fälscht bewußt

Wie lange noch wird diese Hetze dauern?

Die „Bremer Volkszeitung“ begründet in ihrer gestrigen Ausgabe die ungewöhnliche Notverordnung ihrer eigenen Minister in Preußen mit der Behauptung, die Reichsregierung, die man in ebenso kühner Fälschung als „Regierung der Nazi-Barone“ bezeichnet, habe Preußen zu dieser Notverordnung gezwungen, weil von der früheren Regierung zugelegt 100 Millionen Mark jetzt auf einmal an Preußen nicht ausbezahlt würden. Diese Behauptung ist unwahr und lediglich zu dem Zweck aufgestellt, die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie zu vertuschen. Die Frage der 100 Millionen war längst noch von den alten Reichsregierungen geklärt worden, wie nachstehende offizielle BZV-Meldung es beweist. Trotzdem hat Klepper nichts; wollte man einen Anlaß für einen Konflikt mit dem Reich haben, oder einer neuen Preußenregierung die unpopuläre Aufgabe überlassen, für den längst bekannten 100-Millionen-Ausfall neue Steuern auszufordern?

Die sehr ausführliche, offizielle Mitteilung lautet: „Am 7. Juni fand in der Reichstagskanzlei eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung über die Frage der Durchführung des Abkommens statt, das feinerzeit über eine Ausgleichszahlung des Reiches an Preußen in Höhe von 100 Millionen Reichsmark gegen Abtretung der preußischen Beteiligung an den Seidlungs-Finanzierungsinstituten getroffen wurde.“

Es bestand Einverständnis darüber, daß der

frühere Reichsfinanzminister Dietrich dem preußischen Finanzminister Klepper Anfang Mai dieses Jahres mitgeteilt hat, das Reich sei nicht in der Lage, die 100 Millionen Reichsmark ganz oder teilweise im laufenden Rechnungsjahr zu zahlen, und daß demgemäß zwischen den beiden Finanzministern vorbehaltlich der Zustimmung der Kabinette eine Vereinbarung dahin getroffen sei, daß das Reich die 100 Millionen Reichsmark in fünf gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. April 1933 (1) zahlen solle.

Der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk erklärte, das neue Kabinett sei bereit, dieser Abrede beizutreten. Dem preußischen Seite wurde demgegenüber die Stellungnahme des Kabinetts vorgehalten. Der preußische Finanzminister gab die Erklärung ab, daß Preußen seine Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes selbst treffen werde. Diese Maßnahmen würden den Haushaltsausgleich herbeiführen und die Kassenlage sichern.

Obwohl diese amtliche Mitteilung und die darin enthaltene Stellungnahme ihres eigenen Finanzministers Klepper der „Volkszeitung“ bekannt ist, fälscht sie die Tatsachen in ihr Gegenteil, um gegen die deutsche Freiheitsbewegung, die man sehr bald für diese Notverordnung verantwortlich zu machen versuchen wird, in der deutschen Arbeiterklasse heben zu können. Darum sei dieser schändliche Versuch schon heute genügend gebrandmarkt.

Programmathe Erklärungen des Innenministers

Berlin, 9. Juni. Im Reichsrat, dem der Innenminister elf Jahre als Vertreter Preußens angehört hat, nahm Freiherr von Cahl das Wort zu programmathe Erklärungen, in denen er sich zunächst dazu bekannte, daß die stärksten Kräfte des Volkes im Heimatboden und in der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln. Er wolle daher die Eigenart des eigenen Lebens der deutschen Länder nicht antasten, jedoch erwarte er für Preußen das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung.

Zu der Verfassung selbst bemerkte der Minister, daß sie nach vielen Richtungen hin reformbedürftig sei. Das Gerede von der Wiederaufrichtung der Monarchie bezeichnete er als ein törichtes und darum schändliches Geschwätz, bekannte sich aber gleichzeitig für seine Person zur monarchischen Weltanschauung.

Zu dem Vorwurf, das Kabinett sei reaktionär eingestellt, bemerkte der Minister, daß er wisse, daß man Vergangenes nicht wieder herstellen könne. Sie wollten denken, daß das Volk lebt und einer besonderen Zukunft entgegengeht. „Wir wollen einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt.“ Er wisse

wohl, daß das Volk nur erhalten werden könne, wenn man sich in warmer Liebe für das richtig verstandene Wohl der breiten arbeitenden Massen einsetze.

Ueber die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit werden in den nächsten Tagen eine Neuordnung der Vorschriften erfolgen (SA- und Uniformverbot), welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und militärischen Organisationen unter Mithilfe des bestehenden Zustandes regelt. Einzelheiten würden noch bekanntgegeben.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Minister mit der Seidlungsfrage und betonte hierbei, daß „eine gesunde, lebensfähige, Stellen schaffende Seidlung eines der wichtigsten Glieder der Rette von Maßnahmen sei, die für den deutschen Osten getroffen werden“ müsse. Das weitere sprach der Innenminister über seine speziellen Aufgaben auf dem Gebiete der Verwaltung. Abschließend betonte er, daß es „Aufgabe der Reichsregierung sei, die mächtigste nationale Bewegung der Gegenwart als eine staatliche und vollstehende Kraft zu wecken und zu beugen“.

Klepper will sich rechtfertigen

Berlin, 9. Juni. Wie der Amtliche Pressedienst mitteilt, spricht am Freitag, 19. Uhr, der preußische Finanzminister Klepper im Berliner Rundfunk und allen preußischen Sendern über die neue preußische Notverordnung vom 8. Juni 1933. Der Bauer und der Fleischer, die die neue Geldwertverminderung zu tragen haben, die Beamte und der Pensionär, die jetzt zum „Sparen“ verurteilt sind, sie alle werden freudig und guten Muts den Weisheiten lauschen, die Herr Klepper von sich geben wird, um die furchtbaren Folgen einer dreieinjährigen Mißwirtschaft noch einmal zu bemitleiden und zu vertuschen. Auch das wird bald zu Ende sein.

Amnestie in Preußen

Erfolge unserer Arbeit.

Berlin, 9. Juni. Nach längerer Ausprache wurde im Reichsausschuß des preußischen Landtages der nationalsozialistische Gesetzesentwurf über die Gewährung von Straffreiheit mit wechselnden Mehrheiten und veränderlichen Veränderungen angenommen. Nach der angenommenen Fassung wird Straferlass gewährt für die zurzeit des Inkrafttretens des Gesetzes von preußischen Gerichten rechtskräftig erkannten und noch nicht verbüßten Strafen, soweit die ihnen zugrunde liegenden Strafen aus politischen Beweggründen begangen worden sind. In beiden Gerichten schwebenden Strafverfahren dieser Art sollen eingestellt und neue Verfahren wegen solcher Taten nicht eingeleitet werden.

Ausgeschlossen von der Straffreiheit bleiben Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse. Durch Annahme eines kommunikativen Urteiles wurde die Entlassung eines Amnestie-Auslaufes beim Landtag beschlossen, der richterliche Entscheidungen die eine Straffreiheit verlangen, nachprüfen sollte. Angenommen wurde auch teilweise ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Straffreiheit auch den Personen zu teilwird, die infolge wirtschaftlicher Notlage besonders wegen Arbeitslosigkeit, krankhaft geworden sind, falls sie bei Begehung der Tat nicht oder nicht erheblich vorbestraft waren und sofern die Tat nicht von besonderer Rohheit, Gemeinshaft und Niedrigkeit der Gesinnung zeugt.

Der Anschlag beschloß, nach am Freitag eine zweite Lesung über die Gesetzentwürfe auf Amnestie vorzunehmen. Er wird dann noch Anträge auf Freilassung des Vandalenführers Claus Heim und auf Maßnahmen über die Straffreiheit bei Schwangerschaftsunterbrechung beraten.

Kleine Politik

Angeht die Erfolge, die die Beamtenbünde stets mit ihren Protesten erreicht haben, haben der Allg. Deutsche Beamtenbund und der Deutsche Beamtenbund sich auch diesmal entzweit, gegen die „Sparpläne“ Preußens scharfe Verwahrung einzulegen.

Einer der ersten Führer der ostpreussischen Wirtschaft, Generaldirektor Oßmann von der Steinfurt-Waggonfabrik, ist gestorben.

Die belgische Regierung hat eine Kommissar entsandt, die die belgische Grenzverletzung vom Sonntag untersuchen soll.

Die Jagdgräbe und die Befestigung des bei der Insel Fernando Po aufgelaufenen spanischen Dampfers „Zeide“ sind in Sicherheit gebracht worden.

Das Memel-Verfahren vor dem ständigen Internationalen Gerichtshof ist, entsprechend dem litauischen Antrag, bis Montag vertagt worden.

Der frühere amerikanische Präsident Coolidge hat sich in einer langen Ansprache auf das Schicksal gegen eine Streichung der Kriegsschulden ausgesprochen.

Oesterreich-Hilfe wird beraten

Genf, 9. Juni. Der Gemischte Finanzausschuß des Völkerbundes für die Behandlung der österreichischen Anleihefrage, der vor kurzem in Paris tagte, trat am Donnerstag hier zusammen. Im Ausschluß liegen die Stellungnahmen der Großmächte zu dem in Paris ausgearbeiteten Vorschlag vor. Oesterreich zur Überwindung der gegenwärtigen Finanzkrise eine Anleihe in Höhe von 150 Millionen Schilling zu gewähren. Die heutige Sitzung war nur von kurzer Dauer, da die Antwort der italienischen und französischen Regierung noch nicht vorlag.

Letzte Drahtnachrichten

Der ehemalige chilenische Präsident notgelandet New York, 10. Juni. Nach einer Meldung aus Santiago de Chile ist der ehemalige Präsident Montero auf seinem Flug nach Buenos Aires durch die schlechte Wetterlage aufgehalten und zu einer Notlandung gezwungen worden. Er mußte den Rückweg nach Santiago de Chile antreten.

Bei der Verhaftung geflohen

New York, 10. Juni. Ein 63jähriger Falschmünzer, in dessen Geheimversteck zwei Polizeibeamte eindringen wollten, kam im Augenblick seiner Verhaftung unerwartet am Gefängnis. Nachdem er die Tür geöffnet hatte, sagte er schreiend: „Entlassen Sie, daß ich mich anziehe“, und brach dann aus dem Gefängnis. Das Zimmer, erwischt sich eine Verhaftung zur Feststellung von falschen 10 und 20 Euro-Stücken.

Selbstmord der Langkredenzfliegerin Zena Bernheim Paris, 10. Juni. Der „Paris au soir“ verbreitet die Nachricht, daß die bekannte Langkredenz-Fliegerin Zena Bernheim in Selbstmord

algerien Selbstmord begangen habe. Der Selbstmord ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß die Vernichtung ihres Flugzeuges, mit dem Zena Bernheim ihre Fortflugsreisen wieder aufnehmen wollte, sie in Verzweiflung versetzt hatte. Eine amtliche bestätigende Nachricht liegt nicht vor, aber aus Wistra wird gemeldet, daß ihre Leiche am Donnerstag auf dem Flugplatz von Wistra gefunden worden sei, nachdem die Fliegerin schon seit mehreren Tagen aus ihrem Hotel verschwunden war. Sie war kürzlich in Wistra eingetroffen, um dort einen Notruf vorzubereiten. Die erfolgreiche Fliegerin war russischer Herkunft und seit 1930 in Frankreich eingebürgert.

Die Kriegsveteranen wollen in Washington bleiben Washington, 10. Juni. Die Kriegsveteranen lehnten die von der Polizei zur Verhütung gestellten Maßnahmen für den Seiltransport ab und erklärten, daß sie bis zur Annahme ihrer Forderungen in Washington bleiben würden. Die Stadtverwaltung hat die Staatsgouverneurin ersucht, die durchziehenden Kriegsveteranen aufzuhalten, um geßlich um Epidemien vorzubeugen.

Unsere Arbeit in den Länderparlamenten

In rasch aufeinanderfolgenden Siegen haben wir in Anhalt, Preußen, Oldenburg und Mecklenburg in den zukünftigen Länderparlamenten unserer Bewegung die Stellung verschafft, die ihr zukommt und zum Teil auch bereits eine nationalsozialistische Regierung bildet. Wenn auch die Länder aus besonders ihre Bewohner in erster Linie von den Reichsgeboten abhängig sind, so bieten die Länderparlamente doch ein reiches Arbeitsgebiet, auf dem wir Nationalsozialisten die Möglichkeit haben, schrittweise an der Bewirtschaftung unseres Programms zu arbeiten. In diesem Zusammenhang sei noch einmal an die Auslandsarbeit Dr. Frick in Thüringen erinnert, des weiteren an unsere kommunalpolitischen Erfolge in Hamburg und an die Sanierung und Gesundung des Reichsanstalts Braunschweig.

Aber auch in Anhalt liegen die ersten Ergebnisse vor, die mit der Ueberführung versehen werden können:

Anhalt schafft Ordnung.

Belastung ist dort der P. Freyberg Ministerpräsident geworden und hat in dieser Eigenschaft auch die Polizei und Justiz übernommen. Die Landtagsfraktion der NSDAP hat zunächst einen Gegenentwurf über die Reichsverhältnisse der Minister eingebracht, nachdem das Jahresgehalt von 12.000 Mark und freie Dienstwohnung festgelegt wird, während alle anderen Ausgaben, wie Auswärtigenbeziehungen, im übrigen auch die Personalausgaben in der Hand kommen. Dieser Gegenentwurf ist durch die Reichsregierung abgelehnt worden, die die ersten Aufklärungsarbeiten eingelegt hat. Der sozialdemokratische Polizeidirektor Dr. Schenk, seines Zeichens Reaktor des „Anhaltischen Volksblattes“, wird seines Amtes enthoben werden und auch die 3 Tage vor dem Einzug der bisherigen Regierung eingelegte große Anzahl flüchtender Reichsfliehlinge werden nicht bestraft werden. Auch aus den Disziplinarmassnahmen bei den Verwaltungsgeschäften werden die Parteibuchbesitzer maßgebend zur Förderung entfernt. So wird auch einmal die Voraussetzung dafür geschaffen, daß wieder wirksames Personalmanagement das staatliche und kommunale Leben in geordnete Bahnen lenkt, denn wir Nationalsozialisten haben bereits mehrfach bewiesen, daß wir uns die fachliche Vorbereitung bei reinen Verwaltungssphären allein anschaffend, während allerdings bei politischen Ämtern zu der fachlichen Ausbildung die Frage nach der Gewinnung, nach der Einstellung zum Staat und Volk mit bestimmend ist.

Auch in Württemberg.

find die Nationalsozialisten sofort an die Arbeit gegangen, wenn sie auch hier zunächst nur in Form von Anträgen auf die Gehaltung der Dinge einwirken können. So fordert ein Antrag die Rückstände an Realsteuern zu erlassen oder auf 1 Jahr zu runden und bei der Beirichtung von Realsteuern bereits eingeleitete Zwangsmaßnahmen rückgängig zu machen, Zwangsbeiträgen zu fassen und aus der Substanz gestellte Steuerzahlung nach Prüfung auf Antrag zurückzuführen. Für den Württemberg bestritten wir, im „Staatsanzeiger“ die Aufnahme von Warenbesitzungen und Einzelversteigerungen zu verbieten, die Bundesbankreform für Warenhäuser einzuführen, den Gemeinden den Beitritt in Konsumvereine zu verbieten, beschließen den Staatsschulden den Einfluß von Waren bei Warenhäusern und Konsumvereinen.

Ein weiterer Antrag stellt ein Verbot von Einfuhr ausländischer Weiskörper nach Deutschland vor. Hier liegen auch noch weitere Anträge vor, die die notwendigen württembergischen Güter, Wein- und Kleinwaren schützen sollen. Aus der großen Reihe anderer Anträge sei noch einer erwähnt, der sich gegen die unzulässigen Bauparzellen wendet und ihr Ausgeben fordert, ohne daß das gelappte Kapital den Sparern verloren geht.

Auch in Württemberg wird die Heraushebung der Ministergehalt gefordert, desgleichen eine allgemeine Warenhaussteuer und eine Verwaltungsreform, die auf eine Staatsvereinfachung hinzielt.

Während die Absichten der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg noch nicht bekannt sind, hat aber auf gleicher Grundlage bewegen werden, wie die eben angeführten, wird bereits aus Mecklenburg bekannt, was dort von uns beabsichtigt ist. Das Ministerium wird von 3 auf 2 Personlichkeiten vermindert werden und als Ministerpräsident wird schon heute P. Grönroos-Gewerinn genannt. In der Ministerialbürokratie werden grundsätzliche Veränderungen vorgenommen werden, ohne daß dadurch ein wildes Durcheinander entsteht. Eine Reihe unfähiger Beamten werden allerdings von ihrem Posten weichen müssen. Die Ministerialbürokratie wird aufgedeckt und der Mecklenburger Bevölkerung mitgeteilt werden. In Verbindung mit Oldenburg, Braunschweig, Anhalt und anderen Ländern wird eine Widerstandspolitik gegen das System betrieben werden. Einzelne Anträge sind aus Mecklenburg noch nicht bekannt.

Aber unsere Anträge im Preussischen Landtag haben wir schon des öfteren berichtet und verweisen heute nur auf einen, der sich gegen die jüdische Tierquälerei wendet und der fordert, daß alle Schlachtvieh vor der Schlachtung betäubt werden müssen. Das Schlachten nach jüdischem Ritus, das sogenannte Schächten, soll grundsätzlich verboten werden. Uebertretungen dieser Ver-

Rede eines Nationalsozialisten an die Polizei

Anhalts Ministerpräsident spricht

Pa. Ministerpräsident Freyberg hielt nach einer Beilegung in seiner Eigenschaft als Chef der anhaltischen Polizei eine Ansprache, die wegen ihres in Deutschland bisher ungehörter Inhalts verdient, im Wortlaut wiedergegeben zu werden: „Am 21. 5. haben Herr Staatsminister Dr. Knorr und ich die Leitung der Staatspolizei in der Freistaat Anhalt übernommen. In schwerer Notzeit haben wir unsere verantwortungsvollen Ämter angetreten. Wir wissen, daß auch Ihre Hilfe notwendig ist, wenn unsere Arbeit zum Heile Anhalts und zum Segen unseres deutschen Vaterlandes ausfallen soll. In diesen Zeiten wirtschaftlicher Noth und großer politischer Spannungen sind die Aufgaben der Schutzpolizei besonders schwierig und verantwortungsvoll.“

Es ist häufig nur unter Gefahren für das eigene Leben möglich, Ihre Berufspflicht zu erfüllen, nämlich die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Je schwerer die Zeiten sind, um so notwendiger ist es, daß jedermann an der Stelle, an welcher er steht, voll und ganz seine Pflicht tut. Diese aufopfernde Pflichterfüllung muß ich von Ihnen verlangen.

Es ist notwendig, daß die Schutzpolizei ein unbedingt zuverlässiges Werkzeug des Staates ist. Die Tätigkeit der Polizei bringt es mit sich, daß das Publikum die Polizei mit besonders kritischen Augen betrachtet. Wollen Sie sich dies stets bei der Ausübung Ihres Polizeidienstes vor Augen halten. Es ist daher notwendig, daß sich die Polizei des höchsten Maßes der Gerechtigkeit befleißigt. Sie hat stets unparteiisch, niemandem zuliebe und niemandem zuwider, zu handeln.

Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Wenn diese Anträge auch nur Teilschnitte sind, und wenn man bedenkt, daß in den Länderparlamenten nur schrittweise ausgedrückt werden kann, um unzulässige Entscheidungen zu vermeiden, so erkennt man doch die Grundgültigkeit der von uns verfolgten Politik und es geht zu den Überlegungen der Systemparteien, wenn sie immer noch behaupten, sie müßten nicht, auf welchem Gebiete die Nationalsozialisten positive Arbeit leisten wollten.

Das Zentrum pöbelt Hindenburg an

Es ist wirklich interessant, jetzt nach dem Einzug Weimars die Zentrumspresse näher zu betrachten. Ein hervorragendes Merkmal kennzeichnet die neue Schreibweise der schwarzen Gezeiten: Die bräune Wolke vom Reichspräsidenten. Vor einigen Wochen noch wurde er von ihnen in die Himmel geholt und als „Freihänder des deutschen Volkes“ bezeichnet. Heute dagegen schreiben diese schwarzen Dichter z. B. auch in dem schwarzen „Wälder“:

„Der laute, tüchtige Bräunling — Hindenburg — lacht so solche Männer für das neue Kabinett — verschmäht es, ebenfalls im Hintergrund beim Reichspräsidenten für seine Politik, die er offen und klar vor dem Volke vertritt, Stimmung zu machen und sich gegen die Anträge zu verweigern. Bräunling glaubte an Treue und Offenheit, er vertraute dem „Freihänder des deutschen Volkes“ und wurde deswegen in eine „sehr tiefen und fahlen Form“ wie es heißt, von Hindenburg verabschiedet.“

Jetzt also, wo ihr Abgott Bräunling die politische Bühne verlassen mußte, ist man auf Hindenburg böse und enttäuscht. So war also die Reichspräsidentenwahl wohl doch nur eine „geschickliche“ Angelegenheit des schwarzen Zentrums?

20 598 Millionen GM. Tribute bezahlt

London. Nach einer Feststellung der britischen Regierung hat Deutschland bisher an Tribut die enorme Summe von 20 598 Millionen Goldmark geleistet. Darin sind nicht eingerechnet die verlorenen Kolonien, die abgetretenen Provinzen in Ost, West und Nord sowie die abgelieferte Handelsflotte und das beschlagnahmte Privateigentum der Auslandsdeutschen. Trotzdem übersteigt die aus Deutschland herausgepreßte Summe die Totalschuldung, die Frankreich nach seiner Niederlage 1871 zu zahlen hatte, um mehr als das Fünffache. Man kann sagen, daß die Verflechtung der deutschen Finanzkräfte in England einen gewaltigen Eindruck gemacht hat.

Französische Hetze

In Pirmasens in der Pfalz soll vom 13. bis 15. August ein Treffen ehemaliger deutscher Soldaten stattfinden. Obwohl solche Zusammenkünfte ehemaliger Kriegsteilnehmer in Deutschland so wohl wie in Frankreich nicht gerade zu den Seltenheiten gehören, hält man es in Paris für angebracht, das Soldatentreffen in Pirmasens zum Anlaß einer wüsten Hetze gegen Deutschland zu nehmen. Das Blatt der französischen Chauvinisten, das „Echo de Paris“, schreibt darüber u. a.:

„Wenige Kilometer von der französischen Grenze soll im August d. J. eine gewaltige (1)

Eine Polizei, die einseitig gegen Personen und Bevölkerungsteile vorgeht, untergräbt die Autorität des Staates.“

Die unbedingt notwendige Gerechtigkeit wird für Sie um so selbstverständlicher sein, wenn die herrschende Staatsregierung nicht eine Herrschaft der Klasse, wie sie der Marxismus mit dem „Klassenbewußten Proletariat“ erstrebt, errichten will, sondern eine wahre Gemeinschaft des ganzen schaffenden Volkes vorbereitet. Das ist das Ziel des neuen Staatsministeriums in Anhalt, denn nur, wenn wir Deutsche uns in einer Volksgemeinschaft zusammenschließen, werden wir die Kraft haben, die augenblicklichen Zeiten des Zimmers und des Glendes zu überwinden.

Die Regierung, welche ein solches Ziel verfolgt, hat sich naturgemäß gegen alle die Volksgemeinschaft zerstörenden Kräfte zu wenden.

Elemente der Blutterror völkerverfeindlicher Kräfte auf den Straßen getrieben werden.

Es ist der feste Wille des jetzigen Staatsministeriums, die Sicherheit der friedliebenden Volksgenossen zu gewährleisten und alle Verbrechen, Mord, Raub und Gewalttaten zu beugen, im Keime zu ersticken.

Gegenüber einem hohen Verantwortungsgefühl gegenüber Volk und Vaterland wollen wir unsere Pflicht tun, und sei sie noch so schwer.

Der Weg Anhalts und Deutschlands zu neuer Blüte und Wohlstand ist ein Spiegelpfad. Er muß gegangen werden, damit unsere Kinder und Kindeskinder leben und wieder stolz sein können auf ihre Heimat, auf ihr deutsches Vaterland!“

„pangermanische“ (1) Grenzlandkundgebung stattfinden, die unter dem Motto

„Marsch nach dem Westen“ (1)

steht. Einladungen hierzu sind an alle ehemaligen kaiserlichen Generale und Kriegerverbände ergangen. Auch Kronprinz Rupprecht von Bayern wird amiesend sein.“

Diese Werbung soll den Eindruck erwecken, als ob die lothringische Grenze von Deutschland bedroht werde und — geschützt werden müsse. Und damit dürfte der Zweck für Frankreich erreicht sein: man kann wegen der deutschen Gefährdung (1) beim besten Willen nicht absehen! Zugleich kann man einen außenpolitischen Druck auf Deutschland ausüben, was ja immer für Frankreich vorteilhaft gewesen ist.

Die GPU. hebt „freien Markt“ auf

Moskau (über Kowno), 8. Juni. Wie amtlich gemeldet wird, hat sich in Baku ein Fall abgespielt, der die größte Aufmerksamkeit der Sowjetregierung und des Hauptvolkswirtschaftsausschusses der kommunistischen Partei auf sich gelenkt hat. Mehrere Abteilungen der berittenen Polizei haben ganz plötzlich auf dem „freien Markt“ in Baku, auf dem Bauern ihre Lebensmittel zu freien Preisen verkaufen dürfen, die Händler und Käufer ausnahmslos getrieben. Ein Schwarm berittener Sowjetmiliz hat bei den Bauern sämtliche Lebensmittel beschlagnahmt und über 100 Verhaftungen vorgenommen. Verschiedene Behörden haben sofort beim Volkswirtschaftsausschuss Einspruch erhoben, auf dessen Anordnung dann die gesamte Leitung der Baku-Miliz verhaftet und von ihrem Dienst entbunden wurde. Die verantwortlichen Leiter wurden durch das Kollegium der O. G. B. U. abgerufen. Im amtlichen Bericht heißt es u. a., die Beamten hätten ihre Befugnisse überschritten und die Partei und die Regierung könnten sich solche Uebergriffe nicht leisten.

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Sowjetrußland.

Moskau (über Kowno), 8. Juni. Die gesamte sowjetrussische Presse veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt, die chinesische Regierung habe beschlossen, ihre diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland in allerhöchster Zeit wieder aufzunehmen. Wie verlautet, wird die Sowjetregierung zu einem Notenwechsel mit China einen russischen Botschafter nach Kanton entsenden.

Für die heimische Wirtschaft

Braunschweig, 8. Juni. Der braunschweigische Innenminister Klagges weist in Berlin, um im Reichswirtschaftsministerium den Standpunkt der braunschweigischen Regierung in der Frage der Rettung des Harzer Bergbaues zu vertreten. Die Unterbrechung geht auf eine Anregung des Ministers Klagges zurück, der den von ihm für unbedingt notwendig erachteten Verwendungsanspruch von einheimischen Erzen bei der Reichsregierung durchzusetzen versuchen will.

Ausbreitung des Generalstreiks in Spanien

Madrid, 9. Juni. Der in Jerez ausgebrochene Generalstreik breitet sich auf ganz Spanien aus. In Vigo, Oporto, Orense, Coruna und Santiago kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei. In Jerez kam es zu Schießereien und verurteilt zu Bombenerplosionen. In Oporto hielten Streikende zwei Geschäftshäuser in Brand. Auch in Cartagena ist der Generalstreik ausgerufen worden. Streikende versuchten, das Rathaus zu fackeln. Die Landarbeiter im Gebiet Talavera verweigern trotz dringender Erntearbeiten jede Arbeit.

Aus aller Welt

Mordat bei Viesfeld.

Viesfeld, 9. Juni. Heute früh wurde in der Gemeinde Viesfeld eine schwere Mordtat verübt. Gegen 3.30 Uhr drang ein noch unbekannter Mann in das Schlafzimmer des 31 Jahre alten Gastwirts Johann Besselhaus, genannt Brodmann, ein, überfiel den schlafenden und tötete ihn durch 10 mündliche Schüsse auf die Schädelschuppe. Deswegen wurde die Ehefrau des Gastwirts durch drei Schüsse schwer verletzt. Auch der auf die Hilfe der Frau herbeigelaufte 70jährige Vater des Getöteten wurde von dem Mann niedergeschlagen. Das Dienstmädchen, das auf den Alarm ebenfalls herbeilief, verletzte der Mörder nur leicht. Es hatte die Geliebte gegenwärtig, dem Täter das Mordwerkzeug zu entreißen. Als der Mörder sich seiner Waffe beraubt sah, ergriff er die Flucht.

Betriebsunfall im Eisenwerk.

Dortmund, 9. Juni. Am Mittwoch nachmittag ereignete sich auf dem „Vorder Berent“ ein schwerer Betriebsunfall. Als im Martiniswerk ein Kran eine Platte des glühenden Eisens in die Höhe gezogen hatte, kippte plötzlich die Kranflanke und das glühende Eisen ergab sich nach allen Richtungen. Von den in der Nähe beschäftigten Arbeitern erlitten zwei so schwere Verletzungen, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Drei weitere Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon.

14köpfige Fälscherbande verhaftet.

Mainz, 9. Juni. In der Stadt Mainz und Umgebung wurden in letzter Zeit in großer Zahl falsche Münzen, Drei- und Zweimarkstücke in Umlauf gesetzt. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Fälscherbande zu ermitteln. Es wurden insgesamt 14 Personen verhaftet und in das Mainzer Gefängnis eingeworfen. Sämtliche Verurteilte, die zur Verfertigung der Fälschungen verwendet wurden, konnten beschlagnahmt werden. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor.

Deutscher Flottenbesuch in Stockholm.

Berlin, 8. Juni. Vom 11. bis 17. Juni findet ein Besuch deutscher Kriegsschiffe in Stockholm statt, an dem der Kreuzer „Königsberg“, das Torpedoboot „Zeader“, und die 4. Torpedobootschiffsflotte teilnehmen. An Bord des Kreuzers „Königsberg“ befindet sich der Befehlshaber der Ausflugsflotte, Kapitänleutnant Albrecht, auf dem Torpedoboot „Zeader“ der Chef der 4. Torpedobootschiffsflotte, Kapitänleutnant Moos; Kommandant des Kreuzers „Königsberg“ ist Kapitänleutnant Densch. Die 4. Torpedobootschiffsflotte besteht aus vier Booten und wird geführt von dem Halbstofflieutenant, Korvettenkapitän Franke.

Gezogenheit zwischen Polizei und Banditen.

Kemnitz, 9. Juni. In San Francisco wurden bei einem Gezeig zwischen Polizei und Banditen drei Personen getötet und drei weitere so schwer verletzt, daß mit ihrem Tode gerechnet wird.

Dampfer mit 800 Passagieren auf Grund.

Kapstadt, 9. Juni. Der holländische 4800 Tonnen Dampfer „Teide“ mit 800 Passagieren an Bord ist im Golf von Bengalen 20 Meilen von der westafrikanischen Küste entfernt, auf Grund gelaufen. Das Schiff befindet sich in einer äußerst gefährlichen Lage. Der englische Dampfer „Abnam“ ist der „Teide“ zu Hilfe geeilt. Mehrere Barkassen von der Insel Fernando Po sind gleichfalls nach der Unfallstelle ausgesandt. Die „Teide“ ist ein 37 Jahre altes Schiff.

Eine Bande verübt 86 Morde.

Belgrad, 8. Juni. Wie das „Deutsche Volksblatt“ aus Novi Borsich in der Wojwodina berichtet, wurden dort Untaten einer Räuberbande aufgedeckt, die in der Kriminalgeschichte beispiellos dahingehen dürfte. Es wurde festgestellt, daß die Bande mindestens 86 Morde verübt hat. Die meisten Opfer wurden erschossen, acht Personen erlitten. Die Verbrechen reichen bis in die Zeit des Unlurzes zurück. Auf Grund von Zeugenaussagen wurden am Montag in Tschirung im Beisein einer Gerichtskommission die acht Erheber der Erschlagungen gefasst. Die Verurteilten sind an den Steleten fest, daß den Opfern die Schädelschuppe zertrümmert und die Rippen gebrochen worden sind. Bis jetzt wurden 60 Personen verhaftet, davon wurden allerdings 57 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Familien-Anzeigen
Verlobte: Berta Gogrefe mit
Friedrich Gogrefe, 46.
Verlobte: Berta Gogrefe mit
Friedrich Gogrefe, 46.
Verlobte: Berta Gogrefe mit
Friedrich Gogrefe, 46.

Amtl. Bekanntmachungen
Der abhanden gekommene, am 27. 12.
1929 ausgestellte Zulassungsschein für
den Kraftwagen mit dem Kennzeichen
S 3 12 211, Eigentum der Fa.
Fischer Transport- und Handelsge-
sellschaft Schmidt & Co., Bremen, Mar-
tinistraße 1a, wird für ungültig er-
klärt.
Polizeidirektion.

Auf Antrag des Amtsgerichts Bre-
men Abteilung Grundbuchamt, wird
gemäß § 25 der Verordnung vom 19.
Dezember 1899, betreffend die Auf-
hebung des Grundbuchs, hierdurch be-
stimmt, daß für die am 22. Mai 1932
in den Bremer Tageszeitungen zur Ab-
findung bekanntgemachten Grund-
stücke mit dem heutigen Tage das
Grundbuch als angelegt anzusehen ist.
S. 2.32. Justizkommission des Senats.

Als Sachverständige für Gegenstände
der Photographie (photographische Artikel)
sind auf 3 Jahre öffentlich angestellt
und beidseitig worden:
Max Günter, Inhaber der Firma Pho-
to-Spezial-Haus Max Günter, Waf-
fenstraße 2.
Oskar Dietrich Brodtkorb, Inh. der
Firma Photo-Brodtkorb Oskar Brod-
tkorb, Am Wall 175-177, Etagenr. 65.
7. 6. 1932. Behörde für das
Sachverständigenwesen.

Am Donnerstag, den 16. Juni 1932,
findet in der Feldart Blumenstraße
die Gemeinderatswahl statt.
Der Gemeinderatsverwalter.

Gerichtl. Bekanntmachungen
(Nr. 48.) In das Handelsregister ist
eingetragen:
Am 8. Juni 1932.

„Epa“ Einheitspreis-Altiengeellschaft
Hilfale Bremen, Bremen: Die Gene-
ralversammlung vom 25. Mai 1932 hat
beschlossen, die gemäß Artikel 8 der Ver-
ordnung vom 19. September 1931 außer
Kraft getretenen §§ 11 und 15 des Ge-
sellschaftsvertrages in unänderlicher
Fassung wieder in Kraft zu setzen und
den § 13 Absatz 3 (Beschlussfähigkeit des
Aufsichtsrats) abzuändern. (69) d. A.)

**Freiwilliger Altiengeellschaft Bremen-
Wahlheimshaven, Bremen:** Durch
Beschluss der Generalversammlung vom
28. Mai 1932 ist die Gesellschaft aufgelöst
worden. In derselben Veranlassung
ist in Absatz (2) die Weiterverteilung
der durch die Verordnung des Reichs-
präsidenten vom 19. September 1931
außer Kraft getretenen Bestimmungen des
Gesellschaftsvertrages über die Auf-
nahme und Vertretung der Mitglieder
des Aufsichtsrats beschlossen worden.
Liquidator ist der Rechtsanwalt
Dietrich Georg Carl Ruhn in Bremen.

**G. A. u. v. Salem Export- und Ver-
kaufshandlung Altiengeellschaft, Bremen:**
In der Generalversammlung vom
28. Mai 1932 ist in Absatz (103) der
Offen die Weiterverteilung der durch die
Verordnung des Reichspräsidenten vom
19. September 1931 außer Kraft ge-
setzten Bestimmungen des Gesellschafts-
vertrages über die Aufnahme und Ver-
teilung der Mitglieder des Aufsichtsrats
beschlossen worden. Liquidator ist der
Rechtsanwalt Dietrich Georg Carl Ruhn in Bremen.

**Industrie- und Betriebsgeellschaft mit
beschränkter Haftung Bremen:** Durch
Beschluss der Generalversammlung vom
27. Mai 1932 ist die Gesellschaft aufgelöst
worden. Liquidator ist der Fabrikdirektor Otto Goplig in Bremen.

**S. Koopmann jr. Geellschaft mit be-
schränkter Haftung, Bremen:** Durch
Beschluss der Generalversammlung vom
27. Mai 1932 ist die Gesellschaft aufgelöst
worden. Liquidator ist der Fabrikdirektor Otto Goplig in Bremen.

**Wend's Cigarettenfabrik Altienge-
ellschaft, Bremen:** In der Generalver-
sammlung vom 1. Juni 1932 ist in Absatz
(164) der Offen die Weiterverteilung der
durch die Verordnung des Reichsprä-
sidenten vom 19. September 1931 außer
Kraft getretenen Bestimmungen der §§ 10
und 15 des Gesellschaftsvertrages über
die Aufnahme und Vertretung der Mit-
glieder des Aufsichtsrats beschlossen worden.
Liquidator ist der Fabrikdirektor Otto Goplig in Bremen.

Albert Laue, Bremen: Inhaber ist
der hiesige Kaufmann Albert Friedrich
Dietrich Laue, Geschäftszweig: Groß-
handlung technischer Bedarfsartikel
Altenwall 23.

**Papierhaus Generalbath Inh. Walter
Generalbath, Bremen:** Die Firma lau-
tet jetzt: Walter Generalbath Papier-
arohandlung. Paul Georg Walter
Generalbath Ehefrau, Meta, geborene
Ellen, in Bremen, hat das Geschäft er-
worben und führt es unter Übernah-
me der im Vertrag (D) d. A. bezeich-
neten Aktien, jedoch unter Ausschluß
der Passiven und der ausstehenden For-
derungen, unter gleicher Firma fort.

J. S. Koopmann, Bremen: Der Kauf-
mann Hermann Heinrich Johann Kaas
in Bremen hat das Geschäft durch Ver-
trag erworben und führt es seit dem
7. Juni 1932 unter Übernahme der
Aktiven und Passiven unter der Firma
J. S. Koopmann Nachf. fort.
Amtsgericht Bremen.

Stadttheater
Heute
Freitag, 20. Mr. 206. Ab-2.
Wegen technischer Schwierigkeiten halt
Don Juan
in der erfolgreichen Neueinführung
Die toten Augen
Die für den Mozart-Festus geliehen
Sitzplätze behalten ihre Gültigkeit
Sonabend, 20. Mr. 207. Ab-2.
In neuer Einföhrung
Rose Bernd
Sonntag, 20. Mr. 208. Ab-2.
Feste Vorstellung im Mozart-Zyklus
Figaros Hochzeit
Dorverkaufstügl!
Schluß der Winterspielzeit!

Eröffnung der
Sommer-Operetten-Spielzeit!
Sonntag, den 26. Juni 1932,
abends 20 Uhr:
Erstaufführung
des Sommer-Operetten-Schlagers
Die Blume von Hawaii

Sektion Mitte.
Heute, den 10. Juni, abends 8.30 Uhr
veranstaltet der Distrikt IV, Döventen, einen
Öffentlichen Sprechabend
im Oberen Saal der Centralhallen
Es spricht Pg. Dr. Hoffmann über
Wirtschaft und Nationalsozialismus

Alle Parteig. müssen er-
scheinen und Freunde,
Angehörige u. Bekannte
mitbringen.
Eintritt freil
Die Sektionsleitung.

**Hier wirbt der
Fleischermeister!**

Zur Spargelzeit
Kalbsbratens, Kalbsbraten
Kalbschmitten, Schweineschnitzel
E. Steuber, Haferkamp 79
Fernsprecher Weser Nr. 834 75

**Feine
Fleisch- und Wurstwaren**
zu den billigsten Tagespreisen
Fr. Dammann
Vasmerstr. 18 / Domsheide 277 67

**Fleisch- und Wurstwaren
nach süddeutscher Art**
Heinz Sixt, Schlachtereie
Kl. Helle 41
Fernruf: Weser 847 59
Bestellungen auf Wunsch im Haus.

Vofß
Gerhardstraße 1
Telefon Domsheide 296 02
Jede Bestellung
frei Haus

Dorus de Vries
Wulvestr. 28-29, Domsch. 264 15
Empfehle meine prima Fleisch- und Wurst-
waren zu den allerbilligsten Tagespreisen

Martin Behrbom
V.d. Steintor 222, Ecke St. Jürgenstr.
Ochsen- und Schweineschlachtereie
Spez.: ff. Aufschnitt und Wurstwaren
zu den billigsten Tagespreisen.

Lippisches Konsulat zu Bremen
Die diesjährigen Werbe-
schriften der lippischen
Bäder
Salzuflen und Meinberg
sind erschienen. Inter-
essanten können diese Pros-
pekte, die auch Auskunft
über die verbilligten Paus-
schalkuren der beiden
Bäder erteilen, am Kon-
sulatsbüro, Außer der
Schleifmühle 80, kosten-
los in Empfang nehmen

**Geräucherten
LACHS**
In kleinen Stücken
Geräucherte Aale
Verkauf täglich
5-6 Uhr nachm.

Lachsräucherei
Großenstraße
Nationalsozialistische
Bücher und Zeitschriften
Spiele und Schreibwaren-Artikel
FR. ODEWALD Wwe.
Pappelstraße, Ecke Delmestraße

Nationalsozialistische
Bücher und Zeitschriften
Spiele und Schreibwaren-Artikel
FR. ODEWALD Wwe.
Pappelstraße, Ecke Delmestraße

**Verlangte
Vertreter**
u. Geschäftsstellen-
leiter von streng
korr. Kapitalbescha-
ftungsges. mit besten
Referenzen vieler-
orts gesucht. Nur
Pg-Meldungen mit
Mittel-Nr. Rückpor-
to erbeten.
Deutsche
Kapitalbeschäftigungsges. m. b. H.
Hannover, Bahnhofstr. 5

Hand-Tiegel
[Boston] gesucht
Angebot mit Preis
unter U 461 b. V.

Klappspottwagen
Teppich u. Kokos-
Bötz, Weser 81226
Groß. Heerstr. 351

Versteigerung
Hand-Tiegel
[Boston] gesucht
Angebot mit Preis
unter U 461 b. V.

Hand-Tiegel
[Boston] gesucht
Angebot mit Preis
unter U 461 b. V.

Hand-Tiegel
[Boston] gesucht
Angebot mit Preis
unter U 461 b. V.

Hand-Tiegel
[Boston] gesucht
Angebot mit Preis
unter U 461 b. V.

Hand-Tiegel
[Boston] gesucht
Angebot mit Preis
unter U 461 b. V.

Hand-Tiegel
[Boston] gesucht
Angebot mit Preis
unter U 461 b. V.

„Tha-Ga-Lebensmittel“
sind gut, und doch so billig
Kristall-Zucker..... Pfd. nur 33 ¢
Rangoon-Vollreis..... Pfd. nur 15 ¢
Prima Bruchreis..... (10 Pfd. nur 110 ¢) Pfd. 12 ¢
Frische Margarine..... (2 Pfd. nur 55 ¢) Pfd. 28 ¢
Den billigsten Pudding
von unserem Puddingpulver
Vanille-Geschmack..... ¼ Pfd. nur 10 ¢
Pfeife-Grüze-Pulver..... ¼ Pfd. nur 15 ¢
Schokoladen-Geschmack..... ¼ Pfd. nur 15 ¢
Mischobst, Kalifornisches..... (2 Pfd. nur 75 ¢) Pfd. 38 ¢
Pflaumen, Kalifornische..... (2 Pfd. nur 48 ¢) Pfd. 25 ¢
Schmittnudeln..... (2 Pfd. nur 65 ¢) Pfd. 35 ¢
Makkaronibrot..... (2 Pfd. nur 68 ¢) Pfd. 35 ¢
Außerdem noch 5% Rabatt in Marken
(Einige Artikel ausgeschlossen)

Thams & Garfs
Paulsenstraße 40
Osterstraße 93
Nordstraße 259
Hemelingen, Bahnhofstraße 1

Kauf
W U R
betunseren
Inferenten

Nationalsozialisten
Denkt an Eure Pflicht. Kauft nicht
Waren-Haus. Kommt zu mir. Ich
biete Euch persönlich. Ich biete Euch
für sachgemäß gepflegte Ware.
noch eins bedarft:
Das war noch nie da
daß man befehligen mußte
Wein!

so billig kauft, wie ich ihn jetzt an-
biete. Damit ganz Bremen zu mir köm-
me. **6 Werbe-Zettel!**
1930er Enschler Mählberg o. A. Fl. 1
1930er Spiesheimer o. A. Fl. 1
1930er Enschler o. A. Fl. 1
1929er Edenkober Berg o. A. Fl. 1
1930er o. A. ¼ Fl. 1

Zeller schwarze Katz
1930er o. A. ¼ Fl. 1
1929er Malkammer Heiligenberg Fl. 1
1929er Dürkheimer Feuerberg Fl. 1
1929er Niersteiner Domtal Fl. 1
1929er Liebfraumilch Fl. 1
usw. bis zu den feinsten Gewächsen
Eine Klasse für sich!
Wermut-Wein 22 groß Fl. 1

Reidmangel
Stunde 1,60 Mk.
Bückeburgerstraße 42

**Wer stillet für das
Parlei-Heim ein paar
Stühle und 1 Tisch**

Alle Schreibarbeit.
Vervielfältigungen
Korrespondenzbüro
am Pelzerstr. 50
Domsch. 20001

Beaufichtigung
der tagl. Schularbei-
ten. Nachhilfe in allen
Fächern. Mäßiges mo-
natliches Honorar.
Hardenortersleweg 5 II

Ein toller Einfall
mit Max Adalbert
Rosy Barons, Dorothea Wied
Ein „frisch-fröhliches“
„UFA-Lustspiel“

**KAISER-
THEATER**
5, 8%
**PALAST-
THEATER**
8%

**APOLLO-
THEATER**
8%
**HANSA-
THEATER**
8%

Der Lustspiel-Erfolg
Fünf von der
Jazzband
In der Hauptrolle: Jenny Jugo
Ferner: Ken Meynard in
Der Überfall auf
den Depeschenreiter

Aus Bremen Stadt und Staat

Wir Jungen!

Nachkriegsgeneration nennt man uns. Wir waren bei Beginn des Weltkrieges Kinder, sahen nicht das Völkerringen einer Welt von Gegnern wider Heimat und Herd, nicht den Krieg im eigenen Land. Nein! Das alles nicht. Das Ende dieses Kampfes erlebten wir, den 9. November 1918.

Unbesiegt und dennoch geschlagen lehrten unsere Väter in die Heimat zurück. Eine neue Zeit der Freiheit und Gleichheit sollte anbrechen. Wir, die Geschlagenen sollten plötzlich frei sein?

Schulenklassung! Ein Lebensschnitt für den werdenden Menschen. Man gab uns eine Verfassung mit auf den Weg. Wir lasen sie, einige auch nicht, und fanden viele Rechte darin, wenig fordernde Pflichten. „Staatsbürger“ sollte ein jeder von uns werden. Was verstanden wir Jungen schon damals davon? Nichts, garnichts. Ein neuer uns unsehbarer Begriff war eingeprägt worden.

Wir hingegen empfanden instinktiv, daß wir opfern, kämpfen mußten, um jenen unbekannten Frontsoldaten zu folgen, den zwei Millionen, die in fremder Erde ruhen und auf Freiheit warten.

Da geschah etwas, was uns abschreckte, bizarre Formen annahm und später seinen Ausdruck in einer Gefinnung, die uns empörte und verächtlich werden ließ. Der Typ der Menschen, die „auf dem Boden der sogenannten Tatsachen“ stehen, herrschte in Staat und Reich, gab vor, die Verfassung zu schützen: Die „Deutsche“, „Staats“-partei war später der sichtbare Ausdruck dieser Gefinnung.

Und wer waren die Vertreter und Führer dieser Gruppe? Kalte Selbstleute mit ausgeprochen materialistischem Denken, denen der Staat nur Mittel zum Zweck sein konnte. Denen sollten wir Jungen uns aufhängen? Nein und wieder Nein, Verachtung und Haß schrie unser Herz. Wir Jungen fanden uns, schlossen uns berathet und verbündet in der deutschen Freiheitsbewegung zusammen in einem Gedanken: Deutschland. Andere von uns fanden in der Front des Kampfes, des Widerstandes.

Erzählungspolitik hieß das Dogma des sogenannten deutschen „Staatsbürgers“. Heute ist sie am Ende. Wir Jungen, zu Stürmern gereift, marschieren unaufhaltsam über den „Staatsbürger“ unerbittlich hinweg, wachsen zu festen Kolonnen: Wir der Staat von morgen! — in.

Sprechabend Sektion Mitte

Heute abend, 8.30 Uhr, wird der Pg. Dr. Hoffmann im oberen Saal der „Centralschulen“ zum Thema „Wirtschaft und Nationalsozialismus“ sprechen. Pg. Dr. Hoffmann ist als ein besonderer Kenner auf diesem Gebiet bekannt. So dürfte gerade in Bremen seine Ausführungen besonderes Interesse aller mit der Wirtschaft verbundenen Bevölkerungsteile finden.

Achtung! Reichstagswahl!

Auslegung der Stimmlisten für die Reichstags-
wahl vom 10. bis 17. Juli

Der Reichsinnenminister veröffentlicht am Donnerstag im Reichsanzeiger eine Verordnung, nach der die Stimmlisten und Stimmarteien für die am 31. Juli stattfindende Reichstagswahl vom 10. bis 17. Juli auszulegen sind.

Dr. med. Jung Nachfolger Prof. Strube. Der Vorstand des Vereins zur Ausbildung von Krankenpflegerinnen in Bremen hat in seiner gestrigen Sitzung als Nachfolger des Professor Dr. Strube seinen langjährigen Mitarbeiter Herrn Dr. med. Jung, Badarzt für innere Krankheiten, zum Chefarzt des Willehadhauses vom Roten Kreuz und zum leitenden Arzt der inneren Abteilung gewählt.

Kraftfahrzeugordnung tritt heute in Kraft!
Die neue Kraftfahrzeugordnung bringt gewisse Vereinfachungen und Erleichterungen für den Verkehr. Wir werden Einzelheiten der Verordnung in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Sommerurlaubsorten auch im Verkehr mit den Saarbahnen, den Privat- und Kleinbahnen und im Seebäderdienst. Sommerurlaubsorten werden nunmehr auch im Wechselverkehr mit den deutschen Privat- und Kleinbahnen, soweit sie mit der Reichsbahn in einem Tarifverhältnis stehen, ausgeben. (Das sind etwa drei Viertel aller Privat- und Kleinbahnen). Ebenso gelten die Sommerurlaubsorten im Verkehr mit den Eisenbahnen des Saargebietes und in Verbindung mit Fahrten auf den Seebädereisenlinien der Ost- und Nordsee. Damit hat die Doppelprozentige Reisevergünstigung eine Erweiterung erfahren, die ihre Benutzung nunmehr in allen deutschen Verkehrsbeziehungen ermöglicht.

Bilanz 1931:

Norddeutscher Lloyd im Banne des Wirtschaftsniederganges!

Der nunmehr verabschiedete Geschäftsbericht für 1931 des Norddeutschen Lloyd befaßt sich im allgemeinen mit der Unsicherheit, die sich aus der Weltwirtschaftskrise, die im Hinblick auf die besondere Konjunkturrempfindlichkeit die Geschäftsergebnisse der Uebersee-Reedereien außerordentlich ungünstig beeinflusft, auf. Der vorliegende Lloydbericht nennt daher auch das Geschäftsjahr 1931 ein Krisenjahr größten Ausmaßes. Der Zusammenbruch der F. F. Schroder Bank & A. A., Bremen, mit der den Nordd. Lloyd jahrelang freundschaftliche Beziehungen verbunden, und der Verlust des Guthabens von ca. 5.500.000 RM., hatte, zungunsten, im Interesse der Sanierung der Bank, zu einem Opfer von ca. 1.250.000 RM., verbunden mit dem Kapitalverzicht der Bremer, bis zum 20. Juli 1933 stillhalten muß. Vorübergehend hat die Bremer Staat zur Zeit der Bremerbankbankrottens gebührende, kurzfristige Beihilgen konnten im vollen Umfang nicht zurückgefaßt werden, (!) es blieb vielmehr ein Betrag von ca. 5.000.000 RM., offen, der jedoch bis zum Jahreseschluß 1932 im wesentlichen abgedeckt sein wird.

Der der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei Bremen, zu ihrer Rettung im Juni eingeräumte Stützungsleistung von 30.000.000 RM., der bis zur Konkursöffnung der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei, Bremen, mit etwas über der Hälfte beanspruch. war, ist nicht vom Norddeutschen Lloyd oder unter seinem Dillgo gegeben, sondern von der Bremer Hansa-Pan. A.-G., Bremen, und von der Bremer Reederei-Vereinigung AG, Bremen, an letzter Gesellschaft ist der Norddeutsche Lloyd kapitalmäßig mit 36 % beteiligt, jedoch hält er nach der Lage eine stärkere Abweisung nicht für erforderlich.

Der Bericht geht dann auf die durch die starke Abziehung fremder Gelder bedingte Devisenwirtschaft ein, die sich in einem weiteren Rückgang des Geschäftes auswirkte, und sagt, daß neben einer weiteren Schrumpfung des Warenumsatzes das Auerker-Geschäft am stärksten betroffen wurde, durch die am 21. September 1931 erfolgte

Aufser Englands vom Goldstand und seine Folgen. Ausdrücklich werden dann die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Uebernahme von Garantien für Ueberbrückungsbauwerke dargestellt, die die Reichsregierung ausdrücklich ablehnt, daß trotz geübter Wahrnehmung der durch die Uebernahme der Garantie gegebenen Interessen von einer Einflußnahme auf den Betrieb durch die öffentliche Hand keine Rede sei und der privatwirtschaftliche Charakter des Unternehmens wohl gewahrt werden solle. Dem **fortschreitenden Einmalmeßung** hat der Norddeutsche Lloyd in erster Linie durch Drosselung aller persönlichen Ausgaben zu begegnen gesucht. Wesentlich ist die Unterzeichnung der **Gemeinschafts-Vergab** mit der **Hamburg-America-Linie**, dessen Auswirkungen zu verstärken, der Lloyd ständig bemüht bleiben wird.

Wenn trotzdem das Ergebnis des Berichtes als unbefriedigend gemeint ist, so liegt der Grund in dem allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstand und dem beschränkten Verhältnissen. Das Jahr 1931 war, wie bereits erwähnt, in der Geschichte der deutschen Reederei wie der Weltschifffahrt als ein Krisenjahr größten Ausmaßes angesehen werden, was wohl am schärfsten dadurch beleuchtet wird, daß am Jahresabschluß von der ca. 70 Millionen Br.-Reg.-T. umfassenden Weltflottenflotte 20 Pct. von der deutschen Flotte allein etwa 25,5 Pct. ausgelegt waren. Der Lloyd ist der Überzeugung, daß schon eine verhältnismäßig geringe Belegung des Passagier- und Fracht-Geschäftes genügen würde, um ihn der größten Sorge für die Zukunft zu erheben; das setzt jedoch voraus, daß die deutschen Reedereien die steuerlich und sozial gegenüber den ausländischen stark vorteilhaft sind, sich nicht mehr einem kaum noch zu überbietenden Protektionismus in fast allen Schifffahrtstreffen und Völkern gleichberechtigt stellen, der Fortdauer auch die deutschen Reedereien abhandeln würde, in Zukunft die Unterstützung der öffentlichen Hand in Anspruch zu nehmen.

dieser und der vorjährigen Bilanz nur beschränkt möglich sind.

Personalstand

Der Norddeutsche Lloyd beschäftigte am 31. Dezember 1931: 15 884 Personen, davon Landpersonal 4430 Personen, Bordpersonal 11 454 Personen — gegenüber 18 426 Personen, davon Landpersonal 5037 Personen, Bordpersonal 13 389 Personen am 31. Dezember 1930.

Kreuzer „Emden“ kommt nach Bremen

und zwar in dem Großthronen gleichen Titels.
Unter der Regie: Louis Ralphy, Mannifictur:
Alfred Hahn und Louis Ralphy, hat die Gesellschaft
ein Zirkonit herabgebracht, der die Zaten dieses
deutschen Kreuzers auch für die heutige Generation
noch lebendig werden läßt. Unter den
Darstellern seien nur Namen von Rang der Bühne
erwähnt: Louis Ralphy als Kapitän von Wälder, Werner
Fretterer als Marfco, Renne Strochow und Greiner
genannt. Hier haben in der Zirkonit noch ein
noch Portrait wenig gute Kunst gesehen und
wollen hoffen, daß uns dieser Film, der vorwärts-
sichtlich am kommenden Dienstag im Livok
läßt, nicht enttäuscht.

Der Olympia-Film in der Union.

Der Vorsitzende des Kulturfilmbundes der Union hat durch die am gleichen Tage stattfindenden anderweitigen Veranstaltungen in seiner Besucherzahl eine Einbuße erlitten, so daß der Besuch ein verhältnismäßig geringer war. Die Union hat alles versucht, gerade das aktuellste Thema für Bremen, die Olympische Spiele von 1928 in Vergleich zu setzen mit dem kommenden Sportfest der Olympia-Zuschauer auf bremschmiedem Boden. Vorweg gesagt, der Film ist ausgezeichnet zusammengefaßt und zeigte bisher aus den leidenschaftlichsten Beifallstößen und von der Eröffnungsfeier in Amsterdam.

Mit dem Film „Frohe Menschen“ wurde der Abend eröffnet. Dieser Film zeigte in prachtvollen Bildern die moderne Körpererziehung, wie sie hauptsächlich an der deutschen Turnschule in Berlin durchgeführt wird. In Sonne, Luft und Wasser, sahen wir ein frohes Tummeln, und Treiben, ein zielbewußtes Bilden eines neuen Körpers.

Erstmalig sprach auch der Direktor des Instituts für Gesundheit und Leistung, Sportlehrer Fritz Strube, in Bremen über „Gesundheit, Leistung und Erfolg“. Zu eindringlichen Worten wurde die Bedeutung einer richtigen Gesundheit und notwendigen Gesundheitspflege betont und besonders auf die schweren Gefahren bei der Berufsarbeit hingewiesen. Der Redner selbst steht in Deutschland an führender Stelle bei der Bekämpfung der Berufsschäden und verfügt daher über reichhaltige Kenntnisse auf diesem Gebiete. Er zeichnete den Erfindern der letzten Jahre die wichtigsten Errungenschaften auf dem Gebiete der Gesundheit, der Leistung und der Ernährung nach. Der Hinweis auf die neue Energie-Gymnastik und auf die Individualbehandlung fand besonderes Interesse und dürfte manchem Auffassung geben haben, in welcher intensiver Weise heute ein Körper zu behandeln und zu beeinflussen ist.

Vremen des Stiefhins" im Verthe? Während vor Jahren die Worte Vremen, das Stiefhind oder Reichsbau" völlige Verheirathung hatten, sind im Laufe der einzelnen Jahrplanaussätze insbesondere wesentliche Vertheßs-Verheirathungen von Vremen nach Mitteldeuschland und dem Hargzebiet geschaffen worden. Daß diese sich mit den jetzt ab 1. Juni verringerten Aufschlagspreisen annehmlich bemerkbar machen, kann auch als erfreuliches Zeichen für Vremen angesehen werden. So waren am letzten Sonnabend u. a. zahlreiche Furgüsse aus dem Hargzebiet mit der neuangelegten beghleimigten Aufgebuchung Goslar ab 1851, Breimten am 22.08. hier eingefroffen am Vremen zu beghleimen. Gleichzeitig verdient aber auch bemerkt zu werden, daß in umgekehrter Weise durch die günstigen Verbindungen der Vremen des Hargzebietes, von Vremen und seinem Hargzebiet aus, ein noch besseres als sonst zu erreichendes Resultat, insbesondere in Urmun, Rad, Baum, Hildemann und Kautenhal, Deutlich, die bereits immer von Vremen aus gern gesucht waren, viel dazu beitragen, aber immerhin dürfen es doch die herabgesetzten Gütenhöhenpreise sein, die trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage herauslassen, nach Möglichkeit doch nach nahe liegenden Orte für einen Sommer-Aufenthalt zu wählen.

Der Flottenbestand

war am 1. Januar 1932 folgender:

147	Seeb dampfer und Motorschiffe,	860 324	B. M. T.
4	Seebäderdampfer und Tender	4 470	B. M. T.
10	Seefischler	2 582	B. M. T.
14	Fluß-Schlepper	956	B. M. T.
272	verschiedene Fahrzeuge	50 245	B. M. T.
447	Fahrzeuge	918 277	B. M. T.
ferner:			
12	Seeb dampfer der Hanseat. Dampfschiff. G. Hamburg	13 783	B. M. T.
4	Seeb dampfer d. Seefahrt Dampfsch. Ned. G. Bremen	5 791	B. M. T.
2	Seeb dampfer der Ocean-Linie G. m. b. H.	11 890	B. M. T.
19	Seeb dampfer der Mathies Reederei A. G. Hamburg	11 071	B. M. T.
3	Seeb dampfer der Baltischen Reederei, Hamburg . .	1 868	B. M. T.
487	Fahrzeuge	962 680	B. M. T.

Der Rückgang im überseeischen Personenverkehr, der bereits gegen Mitte 1930 einsetzte, vergrößerte sich im Berichtsjahre ganz beträchtlich. Der gesamte Nordamerika-Verkehr ging im Jahre um 31,64 Prozent zurück. Trotzdem gelang es dem Norddeutschen Lloyd, seinen Anteil, der ge-

Das Gesamterträgnis

nach Vornahme des vertraglichen Ausgleichs mit der Hamburg-Amerika Linie. Hamburg.

beträgt		18 093 509,—
2. Rate der amerf. Freigabe	24 059 164,02	
Auflösung der Verlicher-Kindlage von	27 500 000,—	
Entnahme der gefchlichen Kindlage	19 050 000,—	
Gewinn aus der Eingiehung eif. Affien.	4 105 622,03	
Aufrechnung aus der Zufammenlegung		
des reftlichen Stammkapitals von RM.		
148,5 Mill. im Verhältnis 3:1	99 000 000,—	173 714 786,05
		191 808 235,05
Allgemeine Unkoften erforderten	6 169 595,25	
Steuern betragen	1 397 413,65	
Soziale Aufwendungen erforderten	7 221 899,64	
Zinsen waren zu zahlen in Höhe von	12 502 328,32	27 291 236,84
Von dem Betrage von		164 517 058,21
sind abzusehen für Abfchreibungen auf		
Seedampfer	84 897 961,—	
Hilfsfahrzeuge	809 911,—	
Grundbesitz, Gebäude	819 037,—	
Inventar und Anlagen	875 374,—	
Beteiligungen und Wertpapiere	53 114 775,21	140 517 058,21
Es verbleibt demnach ein Betrag von		RM. 24 000 000,—

Es verbleibt demnach ein Betrag von ,
der angesichts der unübersichtlichen Ge-
schäftsentwicklung, die Verluste erwarten
läßt, als Sonderrücklage zu verwenden vor-

gegenüber 1930 einen Rückgang von 27 332 Personen aufweist, von 14,46 Pst. auf 17,17 Prozent zu erhöhen. Die beiden Schnell dampfer „Bremen“ und „Europa“ haben weiter ihre Anziehungskraft bewahrt und immer noch einigermaßen befriedigende Ergebnisse gebracht.

Ertragnis

mit der Hamburg-Amerika Linie, Hamburg,

24 059 164,02	18 093 509,—
27 500 000,—	
19 050 000,—	
4 105 622,03	
99 000 000,—	173 714 786,05
	191 808 295,05
6 169 595,23	
1 397 413,65	
7 221 899,64	
12 502 328,32	27 291 236,84
	164 517 058,21
84 897 961,—	
809 911,—	
819 037,—	
875 374,—	
53 114 775,21	140 517 058,21
	322, 24 000 000,—

geschlagen wird. — Die obere Befestigung entspricht der Attienrechts-Navette vom 19. September 1931, so daß Verleiche zwischen

Deutsche Kriegsgefangene noch nicht frei?

Verein ehem. Verdun- u. Argonnen-Kämpfer Bremen. Am 7. Juni fand in Hertels Restaurant eine Mitgliederversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Kamerad Hans Kirtfeld begrüßte die Kameraden und betonte, daß nur etwas Großes geschehen werden könnte, wenn alle Kameraden treu und einig zusammenstünden. Jeder Kamerad, jeder Deutsche muß heute wissen, daß nur eine Bewegung imstande ist Deutschland zu retten, und das ist die NSDAP, unter der Führung des Frontsoldaten Adolf Hitler. Es wurde beschlossen, um die Not der arbeitslosen Kameraden zu lindern, am 2. Juli in Hertels Restaurant einen Deutschen Abend zu veranstalten. Musik-Vorträge u.ä. werden den Abend verschönern. Alle Pg. und Leier der BRZ, haben freien Zutritt.

Pferwegen wurde über Schienen geleitet. Ein heftiger Zusammenstoß ereignete sich in der Vordermannenstraße gegenüber dem Hauptbahnhof. Ein aus Richtung Gräbelfinnen kommender Pferwegen wurde, als er nach rechts einbog und über die neben der Fahrtrasse liegenden Schienen der Straßenbahn wegrief, von einem in gleicher Richtung fahrenden Straßenbahnzuge der Linie 3 angefahren und eine Strecke über die Schienen gleitet. Der Mitfahrer des Pferwegens floh dem Antosch aus den Wagen und erlitt schwere Verletzungen am Kopf und an der Schulter. — Eine Radfahrerin geriet auf der Kreuzung Hanfa-Uldremertstraße mit ihrem Fahr-

WOLFGANG MARKEN
Drei-Eichen-Hof
URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU IN SA.

der Antrag der M.E.-Fraktion zur Bürger- I Mitteilungen des Senats

Wir werden abwarten können, wie man sich am kommenden Freitag entscheidet. Soviel steht fest: Entscheiden sich die Gruppen außer der SPD. gegen den Antrag, so entscheiden sie sich faktisch zugleich gegen die politische Gesamtentwicklung in Deutschland, die sie auch in Bremen nicht aufhalten können.

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt ihre Auflösung. Gemäß Paragraph 21 der bremischen Städteordnung wird der Herr Stadtvorstandesvorleser ersucht, die Auflösung dieses Antrages an alle Stadtverordneten so rechtzeitig vorzunehmen, daß die Sitzung der Stadtverordneten am 22. Juni stattfinden kann. Ein früherer Zeitpunkt ist nicht erwünscht, weil bis zu dem angegebenen Zeitpunkt einige Mitglieder der Fraktion ortsabwesend sind.“

Zum 4. Male siegte Oberleutnant Sasla in Verden

Bei etwas wärmeren Wetter, das den Aufenthalt im Freien schon angenehmer gestaltet, war der Besuch am Donnerstag beim Verdenser Reit- und Fahrturnier wieder sehr zahl. Den vierten Sprunglieh in Verden erlang Oberleutnant Sasla bei dem vormittags getarteten Jagdgrünen Klasse 1, das insgesamt 86 Teilnehmer am Start lag. Fünf kamen fehlerlos über die Bahn. Mit 0 Fehlern und 82 Sekunden sicherte sich Oberleutnant Sasla den ersten Platz auf Jassa vor Oberleutnant Großfrenz auf Ehemann und Oberleutnant Beigel auf Alexander.

Im Weser-Stadion fanden die Kampfspiele 1932 ihren Fortgang. Nach den Polizeileuten konnten jetzt die Turner einen äußerst beachtlichen Sieg im Handball erkämpfen. Mit 8:5 (2:3) wurden die Sportler vor rund 500 Zuschauern am Mittwochabend geschlagen.

Belgische „Briefer“. In Hemelingen sind am 29. Mai 1932 von Belgien eingeführte Brieftauben entflohen. Die Farbe der Tauben ist blau und dunkelblau. Am rechten Fuß befindet sich ein Aluminiumring mit der Inschrift 0,16. Alle Taubenhalter werden aufgefordert, ihre Schläge darauf-

Zu den Einzelheiten verfuhr der Senat in dem neuen Gefektenwurf eine Anpassung an das Gafstättengesek vom 28. April 1930 zu erreichen.

erner hat der Senat die Aufhebung der Wirtschafsfabgaben für das Gebiet der Stadtgemeinde Bremerhaven beantragt, da in Bremerhaven durch Berordnung des Senats vom 30. Mai die Gemeindefeuersteuer eingeführt worden ist.

Nordenham. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern mittag gegen 13.30 Uhr im Fischereihafen. Der 45jährige Steuermann Friedrich Huzhold aus Jemgum in Ostfriesland, der auf dem Fischdampfer „Fever“ beschäftigt war, stürzte von der Reeling des Fischdampfers „Strube“ in den Hafen. Huzhold ging sofort unter und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Löhnhorst (Kr. Blumenthal). Hier mußte ein Flugzeug der Technischen Hochschule Braunschweig notlanden. Der Pilot, ein Flugschüler, war auf der Fahrt von Hannover nach Hamburg; durch das auffommende Gewitter war er aus der Richtung herausgekommen und der Benzin ausgegangen.

Zindorf. Hier wurde der Einwohner H. von einem Bullen, der aus irgendeinem Grund wütend geworden war, angegriffen und dabei erheblich verletzt. Nur dadurch, daß H. in den Kanal neben dem Fahrdamme sprang, konnte er sich in Sicherheit bringen.

„Verlobt, mein Junge? Zu dem Mädel muß man dir von Herzen Glück wünschen. Wahrlich, das muß man! Glück auf mein Junge! Denk

Emden. Das für eine angelegte Zwangsversteigerung gepfändete Vieh, 14 Milchkühe, 12 Kälber, 10 Kinder, 7 Pferde, Schweine und 3 Küstler, war am Montag fast restlos verschwunden. Bisher ist es nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

Bremer Getreidebericht. Weizen: Manitoba 1.5.25; Barusso (80 lg) 5.—. Gerste: Rußen 8.9 verzollt, La Plata 8.90 verzollt, Donau 8.85 verzollt. Hafer: Pomm. Weißhafer (52-3 lg) 9.4. Mais: La Plata 7.55 verzollt. Donau Galje 7.15 verzollt. Tendenz stetig!

Freitag, 10. Juni. 16 Plattdeutsche Jugendstunde. 16.30 Nachmittagskonzert. 17.30 Sanfrankensinf. 17.35 Der Fall Jvar Kreuger. 1 Bücherbörse. 18.35 Stunde der Werttätigen. 18.55 Frankfurter Abendbörse. 19 Mtuelier Dienst. 19.15 Wetterdienst. 19.20 Nieder. 20 Worbia man in Amerika spricht. 20.20 2. Goethekonzert. 22 Nachrichtendienst. 22.20 Scherzo und Humoreske.

Sonnabend, 11. Juni. 5.45 Wetterdienst.
Morgengymnastik. 6.15 Wetterdienst. 6.20 M.
genmüß. 7. Beizange. 8.15 Hausfrauenklub.
10.50 Nachrichtendienst. 11.15 Das Geheimnis de
Goldwährung. 11.55 Wetterdienst. 12. Zeitan
gabe. 12.10 Mittagskonzert. 13. Börsefunk
13.10 Wetterdienst. 13.15 Kriminalmeldungen
13.20 Schallplattenkonzert der Junferburg. 14.
Nachrichtendienst. 14.10 Aus neuen Operetten. 1
Vorfunf. 15.40 Schiffsfahrten.

Herausgeber: Kurt Thielen, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans von Scharf; für den Anzeigenteil: W. Kallens sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingelebte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

mer, es ist alles im Leben zu etwas gut, und
 vielleicht wird Hermann Rißter einmal wieder
 auf dem Dose-Water fassen.
 „Ich danke Ihnen für den Glückwunsch, Herr
 Dräger. Sie, vielleicht ist es zu etwas aus,
 wenn Sie ein Schiffsarzt auf der Welt, das uns nützt,
 und wie wir auch wollen, es hat uns an der
 Hand. Ich will auf die Güte des Schiffsarztes ver-
 trauen und auf die eigene Kraft.“
 „Was gesprochen, Hermann!“
 „Alle hatte sich erhoben und reichte Hermann
 Gefangen die Hand.
 „Ich gratuliere Ihnen auch herzlich, Herr
 Dräger.“

Zwei Tage später erhielt Hermann eine Nachricht, die ihn aufs tiefste erschütterte. Der Postbote brachte ihm ein Telegramm. Hermann erbrach es in Gegenwart des Obersten mit zitternden Händen und las: „Sofort kommen. Ihr Vater im Sterben. Will Sie noch einmal sprechen. Sanatorium Oberberg.“ Der Oberst las, wie erschüttert Hermann war und fragte: „Eine solche Nachricht, Hermann?“ Der junge Mann nickte nur und reichte dem Obersten das Telegramm.

„Im Sterben! Ach . . . der arme, brave Herr, er sich draußen herumfing und in der Heimat nicht Dant und Ruhe fand. Daß der Geist verkauft ist, glauben Sie mir, Herrmann, das kann er nicht verwirken. Sie müssen sofort fahren, nehmen Sie einen Wagen, Herrmann. Der Wirt mag Sie so rasch als möglich zum Bahnhof fahren, und dort bestellen Sie sich ein Auto. Lebzigens, der Seidler in Pottlitz hat doch jetzt einen Wagen und macht Vohnfahren. Fahren Sie mit dem Auto. In zwei Stunden können Sie in Pottlitz sein.“ (Fortsetzung folgt.)

„Was hast du, Hermann?“
 „Ich habe an meinen Vater gedacht. Wie wird er es tragen? Ich muß ihm heute noch schreiben . . . von meinem großen Glück und von dem Unglück, das mich nicht mehr drückt.“
 „Wirst du nicht warten?“
 „Warum, Liebes? Erfahren muß er es doch. Er wird überwinden, wir werden dafür sorgen, daß mein Vater ihn entsprechend auszubildet.“
 „Da, mein theures Helga, und wenn ich alle meine juristischen Kenntnisse einbringen müßte.“
 „Wiesicht! kann Doktor Krog den Proceß führen.“
 „Helga wurde rot und schüttelte den Kopf.“
 „Nicht Doktor Krog. Er würde es sicher nicht gern tun.“
 „Warum?“
 „Weil . . . er mir vor kurzem einen . . . Antrag gemacht hat und ich abgelehnt habe.“
 „Mit glänzenden Augen sah Hermann sie an. Wie hold und mädchenhaft wirkte sie jetzt, da sie mit geglätteter Stirn und roten Wangen ihm gegenüberstand.“
 „Du hast nicht angenommen? Du, Helga, sage mir: um wieviel?“
 „Sie nickte stumm.“
 „Er schaute die schmale Mädchenhand und lächelte sie innig. „Habe Dank.““
 „Plötzlich scholl Hans Vergoßoffs Stimme von der Treppe: „Ich küsse Ihre Hand, Adami! Herrschaften, was ist denn hier los?“
 „Hermann erob sich und sagte strafend: „Verlobung, Herr Vergoßoff!“
 „Hans tat riesenhafte Schritte,

Er that'sie in die Hände: „Kinder, Kinder, Verlobung, Sie Glückspilz! Das allerhöchste Mädchen . . . Gräulein Anita ist doch nicht anwesend? . . . fröhliche Ziel Gratuliere, gratuliere!“ Hermann drückte dem Maler die Hand, so fest, daß es diesem schmerzte.

Dann lag Helgas Rechte in Hans Hand.

„Sie werden jetzt glücklich werden, Gräulein Helga!“, sagte der Maler warm. „Das fühle ich, und ich lenne Hermann. Jetzt habe ich aber noch eine gute Nachricht. Also, ich habe mit dem Geheimrat gesprochen, der den Küstlerhof gekauft hat, und er hat mir versprochen, daß er uns auf zehn Jahre mindestens zehn Ader Land verpachten will, wenn wir es wollen. Also das klappt doch herrlich! Hermann ist jetzt auf dem Drei-Eichen-Hof, und er kann schaffen. Da können wir noch ein paar Ader pachten, das heißt, wenn Sie wollen, ich habe mir angebahnt.“

„Wir sind Ihnen dankbar, Herr Verghoff!“, sagte Helga warm. „Wir sind hart in Ihrer Schuld.“

Schon wurde aufgetragen.

Anita und Elise deckten den Tisch, und das Verlobungsmahl begann.

*

Am Abend wurde das ganze Dorf, daß sich Hermann mit Helga Kettler vom Drei-Eichen-Hof verlobt hatte,

So gab es wieder etwas zu schwärmen. Der Koll wurde im „Schwan“ eifrig durchgesprochen, und überdieß begünstigte die Bauernschaft den Schritt Hermanns. Helga Kettler, die Witze

Nicht Regierungswenig — Systemwenig!

Bernhard Kähler

Wir entnehmen dem „Arbeiterium“ folgende Ausführungen:

Das deutsche Volk erkennt täglich mit größerer Klarheit, daß unser Kampf gegen das politische und wirtschaftliche System nicht um den Wechsel der Macht aus der Hand einer Partei in die einer anderen geht. Es geht nicht darum, ob nach dieser oder jener Methode regiert wird, sondern darum, ob dem deutschen Volk sein Recht auf Arbeit immer noch vorzuenthalten werden darf; ob die Arbeitslosigkeit noch dauern darf; ob das deutsche Volk sein materielles Leben retten oder nicht.

Es ist begreifend, daß die bürgerliche und marxistische Presse die große Reichstagsrede Gregor Strassers überhaupt nicht verstanden hat. Man sollte sie als eine rein parlamentarische Aktion auf, mit der sich die NSDAP den alten Parteien tatächlich etwas zu nähern beschaffen. Ein schwerer Irrtum. Das Gregor Strasser sagte, er habe sich weit über die Ebene parlamentarischer Verhandlungen und förmliche Staatsaufstellung des neuen Reiches gegenüber den praktischen Aufgaben der Gegenwart, an Zwangsläufigkeit vor dem Volk und dem Volk gegenüber, die der Nationalsozialismus vertritt und gegenüber der Arbeitslosigkeit betätigt.

Der Reichstagsler erklärte in seiner Antwort auf Gregor Strassers Rede: „In der Frage der Finanzierung scheiden sich die Geister“. Das ist nicht richtig. Natürlich unterscheiden sich die nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung von derjenigen des Systems. Der Hauptunterschied aber ist doch der: Der Nationalsozialismus bekämpft sich um die stillen Pflicht der Arbeitsbeschaffung. Er übernimmt sie bewußt und mit voller Verantwortung. Sämtliche Regierungen des Systems aber haben jene Pflicht weder anerkannt noch überhaupt erkannt.

Die Regierung Brüning hat in den letzten zwei Jahren ihrer Amtszeit die Arbeitslosigkeit von 2,5 Millionen auf 6 Millionen steigen lassen. Wenn sie nur eine Minderung von der stillen Verpflichtung gehabt hätte, jedem deutschen Volksgenossen sein Recht auf Arbeit praktisch zu gewährleisten, so hätte sie nicht bis in das letzte Frühjahr 1932 warten dürfen, bis sie überhaupt Arbeitsbeschaffungspläne eingeleitet hätte. Nicht in der Frage der Finanzierung scheiden sich die Geister, sondern in der Frage, ob der deutsche Volksgenosse ein Recht auf Arbeit hat oder nicht. Der Nationalsozialismus fordert dieses Recht.

Wenn Sozialismus heißt zu allererst Recht auf Arbeit. Dies anzuerkennen, würde allerdings besonders die Sozialdemokratie in eine sehr peinliche Lage bringen. Denn sie vor allem ist es gewesen, die der deutschen Arbeiterkraft dieses Recht vorenthalten hat. Sie hat anstatt für das Recht auf Arbeit zu kämpfen die Entrechtung des Proletariats fortgesetzt und vervollständigt, indem sie ein System gestiftet und verteidigt hat, das der Arbeitslosigkeit nichts als Verprechungen und Vertuschungen entgegenzusetzen wußte.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Verbrechen gegen den Arbeitslosen, sondern auch ein wirtschaftlich-ökonomischer Wahnsinn, der das Volk zu Grunde richtet.

Wir haben schon längst festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit an Werten und Gütern dem deutschen Volk unendliche Summen kostet und daß sogar die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen kaum teurer ist als ihre Unterhaltung durch die öffentliche Wirtschaft und die öffentliche Hand. Wenn unsere „berühmten Wirtschaftsführer“ der Forderung auf Arbeitsbeschaffung nichts entgegenzusetzen wissen als die Behauptung, ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm sei ja nicht zu finanzieren, so zeigt dies nur, daß die Frage noch niemals richtig durchgedacht haben. Ein wirtschaftliches Arbeitsprogramm, das rund zwei Millionen Arbeitslose wieder in Arbeit und Brot bringt, würde nicht mehr als etwa 500 bis 600 Millionen Mark zusätzliche Mittel erfordern. Und dies ist noch reichlich gerechnet. Dieses Geld aber auszubringen ist durchaus möglich, und ebenso ist es möglich, diejenigen soliden und einwandfreien Kreditmaßnahmen durchzuführen, die als Ergänzung notwendig sind.

Es zeigt sich eben immer wieder, daß es nicht an Geld, sondern am feinen Willen fehlt. Natürlich muß die Finanzierung laßbar und mit allergrößter Gewissenhaftigkeit geplant und ausgeführt werden. Daß aber behauptet werden kann, Arbeitsbeschaffung sei nur durch Inflation möglich, das zeigt, wie sehr man in dem alten System befangen ist, daß Arbeiter teurer sei als Nichtarbeiter, weil Arbeiter Gehaltsansprüchen macht!

Diese Vertreter einer veralteten, lebensfremden und volksfeindlichen Wirtschaftsauffassung sehen eben die Volkswirtschaft immer nur von der Geldseite aus. Sie verstehen nicht, daß alle Kräfte, über die sie sich unter gültiger Mitwirkung fähiger Vordirektoren den Kopf zerbrechen, zu nichts führen können, wenn nicht schaffende Arbeit zugrunde gelegt wird. —

Die leichtfertig

Das ist Weltwirtschaft!

Die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 297 brachte eine Meldung, die auch von einer großen Zahl anderer Systemblätter gebracht wurde (F. Z. 3. 111, F. Z. 188), und die sich mit der Lage bei der „Allgemeinen Gesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg“ und in Weiskalen befaßt.

Der Generalversammlung soll vorgeschlagen werden,

die sämtlichen Betriebe der Gesellschaft zu schließen.

Durch den Tiefstand der Metallpreise wird ein monatlicher Zuschuß von ca. 160.000 RM erforderlich. Die Werke beschäftigen 3.300 Arbeiter. Bei Einführung eines ausreichenden Zinsfußes wäre es möglich, den gesamten deutschen Zinsbedarf zu decken und die Belegschaft auf 3500 Mann zu erhöhen.

Die Kritik der Sozialdemokratie

An den nationalsozialistischen Forderungen ist, geht an der Behauptung Hülferdings hervor, das nationalsozialistische Arbeitsprogramm sei eine Wiedergabe desjenigen der Regierung und der Gewerkschaften. Hülferding verläßt sich dabei auf die Hoffnung, daß die deutschen Arbeiter blind glauben, was die sozialdemokratischen Abgeordneten ihnen erzählen. Die Zeiten, in denen dies möglich war, sind aber vorbei. Der Verfasser des Arbeitsprogramms, das auf dem Vorkongress der Gewerkschaften vorgetragen wurde, hat noch vor kurzer Zeit zur Finanzierung von Arbeiten für Arbeitslose Auslandsanleihen gefordert. Das Programm, das heute der Öffentlichkeit vorliegt, kauft sich aber durchaus auf Gehaltensangelegenheiten der Finanzierung, die aus unseren nationalsozialistischen Forderungen entlehnt sind.

Vandwirtschaftliche Meliorationen, Kanal- und Straßenbauten, Hochwassererschließung usw. — das sind alles weder für uns noch für die Sozialdemokratie Neuentwürfe. Daß solche Arbeiten zu geschäftigen haben, um den Wohlstand zu fördern, das weiß man schon seit Friedrich dem Großen und noch bedeutend länger. Die Schuld des Systems, der Umwandlung der sogenannten Wirtschaftsführer der alten Parteien liegt eben darin, daß diese Arbeiten nicht ausgeführt worden sind, obwohl sie als notwendig zum Leben der Volksgemeinschaft anerkannt sind und obwohl seit Jahren genug willige Hände vorhanden sind, die hätten beschäftigt werden müssen.

Nichts Besseres kann die Sozialdemokratie denen bieten, deren allein echte Vertretung sie zu sein behauptet, als die Verteilung des Opfers,

Verteilung der Not

auf immer breitere Massen. Hülferding erklärte, daß die Vierjahrespläne allerdings keine Beilegung der Arbeitslosigkeit bedeuten, sondern nur eine Umlegung der Last auf viele Schultern. Er beruft sich dabei auf die proletarische Solidarität, von denen die Nationalsozialisten eben keine Ahnung hätten. — Der Deutsche versteht unter Solidarität, unter dem Eintreten aller für alle, nicht, daß denen, die noch nicht völlig unter der Not zusammengebrochen sind, immer mehr Lasten aufgelegt werden. Wir verstehen nicht darunter, daß man denen, die Arbeit haben, die Arbeit nimmt. Sondern wir wollen, daß man denen, die keine Arbeit haben, Arbeit gibt. Dies ist die Pflicht der Volksgemeinschaft gegen die Arbeitslosen, und das ist etwas Besseres als eine „Solidarität“, die nur immer in neuer Entrechtung sich ausdrückt. Ein flagranti, um nicht zu sagen widerliches Schauspiel, wie ein jüdischer Marxist die besten Empfindungen des deutschen Volkes anruft, um die Entrechtung der deutschen Arbeiter noch zu vermehren.

Kein Wort fand Hülferding auch zu der grundsätzlichen Unterbrechung, die die soziale Bedeutung der Vierjahrespläne für Arbeiter in Strassers Rede gefunden hatte. Das Auserkennung dieses Systems zum Stützpunkt des Begriffs haben scheint, ist, daß man jetzt einige Arbeitslose damit beschäftigen könnte.

Es handelt sich ja nicht um die Unterbringung einiger Zehntausende oder auch Hunderttausende von Arbeitslosen. Es handelt sich ganz buchstäblich um die Beilegung der Arbeitslosigkeit bis zum letzten Mann. Der Nationalsozialismus fordert und wird durchsetzen, daß kein Arbeiter mehr verzeiglich nach Arbeit suchen darf!

Anger der Arbeitsdienstpflicht, die zu einem halben und weiterhin eine ganze Million junger Leute einberufen wird, ist nicht nur genug Arbeit, da für alle übrigen Arbeitslosen, sondern die wirtschaftliche Lage einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung zum normalen Leben wird, so daß wir sagen können: Wir werden, wenn wir nur einmal anfangen können, kaum länger als ein Jahr brauchen, um sämtlichen Arbeitslosen Arbeit zu geben.

Der Kampf um Arbeit gegen das System ist nunmehr auf der ganzen Linie entbrannt. Es

kommt die deutsche Forderung jedoch zum Erliegen, so wird im Wert von 30 Millionen RM, Zinsentwurf erforderlich.

Soweit die „Frankfurter Zeitung“.

Zweitausend deutsche Arbeiter und Angestellte mit ihren Angehörigen stehen hier vor dem Ruin! 3500 Mann könnten bei Wegfall der Einführung beschäftigt werden. Die Systemparteien aber, und ganz besonders die SPD, bekämpfen den „Proletenismus“ d. h. den staatlichen Schutz des deutschen Inlandsmarktes, sie bekämpfen die Hilfe, die, wie hier zu sehen ist, nicht nur von der deutschen Landwirtschaft sondern auch von der Industrie und damit der Arbeiterschaft unbedingt gebraucht werden. Sie alle jagen einem Phantom nach, — der „Weltwirtschaft“.

Der deutsche schaffende Mensch aber trägt die Folgen dieses Wahns!

nicht nur Brot gegen Hunger, Arbeit gegen Arbeitslosigkeit, Wohlstand gegen Elend, sondern es steht die Arbeit gegen das Geld. Es steht zur Entscheidung, ob der deutsche Mann von Volk und Wirtschaft herrschen soll oder jüdischer Geldherrschaft. Es geht darum, die Seele des deutschen Arbeiters aus den Klauen der marxistischen Lüge wieder zu befreien; dem Sozialismus wieder die Kraft zu geben, die ihm der Marxismus genommen hat; daß er wieder wird, was er von Anfang an war: Die Weltanschauung der deutschen Arbeit.

Der 31. Juli wird darüber die Entscheidung bringen!

Scharfmacher!

Mit welchen Mitteln manche scharfmacherischen Arbeitgeberverbände auf die ihnen angehörenden Unternehmen einwirken und bestrebt sind, ihnen den letzten Rest von jener „freien Initiative“ zu nehmen, von der die Syndikate mit so hohen Tönen zu reden pflegen, wenn es gilt, den Augenstehenden Sand in die Augen zu streuen, zeigt ein Vorfall, der sich in Herdingen im Rheinland abspielte.

Dort hatte der Syndikus des Industriellen-Verbandes, ein Dr. Siepermann, aus eigener Machtvollkommenheit und ohne Wissen der Beteiligten den Tarifvertrag der dort anfalligen beiden Zuckerraffinerien gekündigt. Es bedurfte erst des entscheidenden Eingreifens der betroffenen Fabriken, um diese ohne ihre Einwilligung und ohne ihr Bewußtsein erfolgte Tarifkündigung, die unvermeidlich den Streik der Belegschaften unter Führung der NSD, nach sich gezogen hätte, rückgängig zu machen.

Das kommende Deutschland wird mit allen Klassenkampforganisationen erfüllt werden. — auch mit denen der Unternehmer!

Rote Streikabstufung!

Die einzige Waffe, die den Sozialdemokraten in ihrem Kampf gegen den Sieg in den Betrieben vordringenden Nationalsozialismus noch geblieben zu sein scheint, ist die Lüge. Aber in ihrer Angst vermögen sie nicht einmal mehr geschickt zu lügen, sondern entstellen die Dinge so plump, daß sie das Gegenteil von dem erreichen, was ihre Lügen bezwecken sollen. Sie scheitern das auch allmählich selbst zu fühlen, sonst würden sie die von ihnen abhängige gewerkschaftliche Meinung nicht gedrängt haben, die Betriebsratswahlen anzuführen — der beste Beweis für ihre Angst, für ihre Hilflosigkeit und ihr schlechtestes Gewissen!

Wo irgendein Streik ist, da wird auch sicher in den roten Gazette des Märchen von den „nationalsozialistischen Streikbrechern“ zu lesen sein! Und dabei haben die Sozialdemokraten am allerwenigsten Ursache, überhaupt noch vom Streik zu reden, während sie doch jeden Streik als, so sie nur die Möglichkeit dazu haben — wenn sie nicht sogar den Streik brutal mit Soldaten und Wachschergenossen niederschlagen, wie in Westböhmen.

Die Arbeiter der Weinbrennerei Ströber in Gersdorf stehen schon seit Wochen im Streik, da die Verhältnisse im Betrieb, nicht zuletzt infolge der Passivität der Gewerkschaften, sich so gestaltet hatten, daß die Arbeiter zur Abwehr gezwungen wurden. Prompt war in den roten Blättern zu lesen, daß die Nazis Streikbrecherdienste leisten. Die rote Verleumdung erweckte unter den Streikenden, gleich welcher politischen Richtung, einhellige Empörung, da sich jeder überzeugen konnte, daß die nationalsozialistischen Arbeiter nicht nur, wie es ja selbstverständlich ist, geschlossen am Streik teilnahmen und Streikposten setzten, sondern sich auch an der Einteilung und Führung des Streiks beteiligten.

Das Verhalten der roten Presse bekräftigt unter den Arbeitern immer mehr die Überzeugung, daß das Gelingen von den nationalsozialistischen Streikbrechern“ nur dazu dient, im Interesse der

Unternehmer die geschlossene Front der Streikenden zu erschüttern. Das würde ganz zu der sonstigen arbeiterverräterischen Praxis der SPD passen. —

SPD. schweigt Streik tot!

Die diese Praxis der SPD. ausübt, kann man wieder einmal beim Streik der Münchener Bauarbeiter sehen. Die Löhne sind dort um 16 bis 21 Prozent gekürzt worden. Verschiedene Baustellen traten daraufhin in den Streik.

Die streikenden Nationalsozialisten werden von der Partei in großartiger Weise unterstützt. Sie beziehen für die Dauer des Streites gelbliche Unterstützung in Mindesthöhe der gewerkschaftlichen Auszahlung, dazu für sich und ihre Angehörigen Mittagessen aus der Kantine.

Die SPD. schweigt den Streik tot! Ihr Organ, die „Münchener Post“, hat den Streik bislang mit keinem Worte erwähnt! Die Gewerkschaften haben keinerlei eindeutige Stellung zum Streik genommen. Die Profkammer eines allgemeinen Bauarbeiterstreiks lehnen sie ab, obwohl ein solcher noch am meisten Aussicht auf Erfolg hätte. — So steht der Kampf aus, der diese „Arbeiterpartei“ für die Belange der Arbeiter führt!

Ein seltsamer Arbeitnehmervertreter!

Angerechnet Herr Jacob Goldschmidt.

Als am 24. März d. J. in Dresden die Funktionsgeneralversammlung der Dresdener und Danziger Kaufleute, erbot sich ein Mitglied der Generalversammlung und bedauerte es lebhaft, daß Herr Jacob Goldschmidt nicht in den Vorstand der Bank übernommen worden sei und sprach die Hoffnung aus, daß über die Denzierung Goldschmidts die Alten noch nicht geschlossen seien!

Wer war der Mann, der sich so lebhaft für die Denzierung Jacob Goldschmidts aussprach? Einem ein Kapitalist? Oder einer von den nationalsozialistischen „Kapitalistenhelfern“? Richtig! Herr Banno Marx war es, der rote Führer des freigewerkschaftlichen „Allgemeinen Bauhandwerker-Verbandes“, der als Vertreter des Betriebsrates der Generalversammlung angetreten!

Herr Banno Marx, der rote Arbeitervertreter, und Herr Jacob Goldschmidt, der hartnäckigste Gegner des Tarifs- und Schlichtungswesens — sie passen zueinander!

Ein tüchtiger Arbeiterrats-Vorsitzender

Die NSD, Abt. Bielefeld, schreibt uns:

Die NSD, hat sich zu wiederholten Malen mit den Mitgliedern der Bremer Straßenbahn beschäftigt. Aus diesem Grunde hatten wir vor Wochen an die Belegschaft der Straßenbahn ein Flugblatt herausgegeben, in dem wir ganz besonders auf den Arbeiteratsvorsitzenden und freigewerkschaftlichen Schmidt hinwiesen, welcher in seiner Amtsführung alles andere eher gemacht hat, als die Interessen der von ihm vertretenen Belegschaft wahrzunehmen. Auch in der letzten Woche haben wir uns genötigt, wiederum ein Flugblatt herauszugeben, daß sich abermals mit Herrn Schmidt beschäftigen mußte und die Angehörigen der Straßenbahn auf die Mißstände aufmerksam machte, die dort herrschen.

Ein Angehöriger der NSD, hatte nun das Vergnügen, bei der Verteilung der Flugblätter auch Herrn Schmidt eins zu überreichen, ohne zu wissen, wen er vor sich hatte. Er merkte aber bald, daß er es mit einem Vertreter der einzig wahren Arbeiterpartei zu tun haben mußte, denn Herr Schmidt begann mählich zu schimpfen und über den Leiter der NSD, herzufallen. Das entspricht der üblichen Taktik der freigewerkschaftlichen und es wäre möglich, darüber auch nur ein Wort zu verlieren. Warum hat aber Herr Schmidt nicht den Mut genommen, dem Parteigenossen zu sagen, wer er ist? Er würde dann die richtige Antwort bekommen haben! Er zog es jedoch vor, darüber zu schweigen. Wahrscheinlich fürchtete er, daß seine Tätigkeit als Arbeiteratsvorsitzender einmal ins richtige Licht gesetzt werden würde.

Wo ist J. A. Ihre Antwort geblieben. Herr Schmidt, als wir Sie fragten, warum der Gewerkschaftsangehörige Verband seine Freilichtart (Jahreskarte) erhalten habe? Wir werden Ihnen bald Gelegenheit geben, in einer Versammlung auf diese und weitere Fragen Antwort zu geben und zu beweisen, welche Interessen Sie im Arbeiterats vertreten haben!

Im übrigen, Herr Schmidt, mögen Sie sich gesagt sein lassen, daß alles Zetern und Schreien keinen Wert mehr hat. Die Belegschaft wird aufgefahrt, darauf können Sie sich verlassen. Ihre Tage sind gezählt. Treten Sie ab, Herr Schmidt, Sie haben es verdient, Vertreter der Belegschaft der Straßenbahn zu sein!

Den Straßenbahnarbeitern aber rufen wir zu: Da organisiert euch in der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation, dort findet Ihr den rechten und ethischen, unbedingten Kämpfer der eure Belange wagt und euch zur Freiheit führt.

Volk und Wirtschaft

Wie die Landwirtschaft arm gemacht wurde

Unser Forderung: Deklaration von Auslands-Zett, Schmalz, Speck und Fleisch

Wenn man die Frage nach Deklaration von Auslandsfleisch und Auslandszettel behandelt, so muß man sich zunächst darüber klar sein, welche Bedeutung der Einfuhr dieser Waren nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht für die Landwirtschaft und das Fleischgewerbe beizumessen ist, sondern auch welche Gefahren die Einfuhr in so erheblichen Mengen, wie sie nach dem Kriege gebildet wurde, für die Rentabilität der Landwirtschaft und damit für die Sicherstellung der Ernährung des Volkes aus eigener Scholle im Gefolge hat. In ersten Bedenken sollte uns Anlaß geben, daß einerseits durch fortwährend schwindende Ausfuhr und erhöhte Devisenbeschaffung die Einfuhr von landwirtschaftlichen Lebensmittelerzeugnissen immer größere Schwierigkeiten macht, andererseits eine durch ungesunde gesteigerte Einfuhr arm gemachte Landwirtschaft nicht mehr in der Lage sein wird, die Befehlshaber und Dünung der Felder so durchzuführen, wie sie im Interesse der Volksernährung notwendig ist. Der Forderung der Nationalsozialistischen Welt-Sitter hat im Interesse der Volksernährung für den kommenden Winter an alle deutschen Ackerbauern die dringenden Appell gerichtet, durch Ausnutzung jeden Zinnschusses Boden mitzuhelfen, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Einseitlich der Ernährungstrage leben wir gegenwärtig in einer gefährlichen, trügerischen Scheinblüte durch die Überheblichkeit des Marktes mit ausländischen Lebensmitteln. Würden die Gefahrenfaktoren: Zusammenbruch der Währung, Vorkriegslegung der Devisenbeschaffung und völliger Zusammenbruch der Landwirtschaft aufeinander verfallen, so würde das die schlimmste Katastrophe bedeuten.

Wollen wir die Landwirtschaft vor völligem Zusammenbruch bewahren, so müssen wir endlich der nützlichen Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte ein Ende bereiten. Nach einer Statistik der Allgemeinen Fleisch-Zeitung wurden im ersten Vierteljahr 1932 nicht weniger als 51 685 kg. Speck eingeführt, desgleichen in derselben Zeit 290 186 kg. Schweinefleisch und 64 416 kg. Minderfleisch. Gegenüber den Vorjahren eine gewaltige Steigerung. Der Verbraucher hat aus dieser schiefen Lebensmittelerzeugung keinen Nutzen, im Gegenteil zahlt er für minderwertige Auslandsware, welche ihm für Inlandsware verkauft wird, die hohen Preise für hochwertige Inlandsware.

Die Welt im Ausland besteht beispielsweise bei Schweinen aus minderwertigen Delabellen, Fischen und den in diesen Ländern ungenutzten Weizen, der dort pro Zentner nur 8 Mark kostet. Dem deutschen Landwirt stehen diese billigen Futtermittel nicht zur Verfügung, für den deutschen Erzeuger sind aus diesen Gründen die Geflügelkosten fünfmal so hoch gegenüber denen des Auslands. Mit dem Wachsen der Warenhäuser und Konsumvereine in Deutschland stieg nach dem Kriege die Einfuhr von Auslandswaren ins Ungewöhnliche. Das höchste Geflügelkontingent war 120 000 St. oder 600 000 Hühner à 4 Gr. Fleischgewicht. Nur der geringste Teil dieser ungesunden Geflügelmenge wurde als Fleischfleisch an den Verbraucher abgegeben. Das Fleischgewerbe konnte nur unter schwierigen Verhältnissen und Bedingungen in den Besitz dieses Fleisches kommen. Der größte Teil wurde von den Inhabern dieser Kontingente wogungsweise an Wurstfabriken, insbesondere denen der Warenhäuser und Konsumvereine, weitergeleitet und zur Fleischwurst verarbeitet und zwar ohne Deklaration als Auslandsware, vielmehr als deutsche Fleischwurst zu Preisen bis 2,50 Mark das Pfund. Die Kontingentinhaber aber kauften dieses Geflügel zu 18-28 Pf. das Pfund. In Unmengen wird heute noch spanischer, holländischer, dänischer und ameri-

kanischer Speck nach deutschem Verfahren zugehauen und ohne Deklaration als fester Speck verkauft. Der Verbraucher weiß nicht, daß es sich um Auslandsware handelt. Dänisches Schmalz wird in den üblichen deutschen Pfundpackungen abgefüllt und als heimisches verkauft. An diesen fälschlich als deutsche angesehenen Waren sind zeitweise über 100 Prozent Verdienst. Die an diesen Geschäften verdienten Milliarden gingen der deutschen Landwirtschaft verloren und das deutsche Fleischgewerbe muß zu Grunde gehen an dem völligen Abnahmangel tierischer Fette und Nebenprodukte, während die großkapitalistischen Großhandelsfirmen die gewaltigen Mengen an Auslandswaren einführen. Das Fleischgewerbe hat für diese Ware kein Interesse, weil sein Bezug in geringeren Mengen nur aus dritter Hand möglich ist. Unsere Forderung muß daher lauten:

„Schluß mit dem Minderfleisch. Das deutsche Fleischgewerbe ist sich grundtätig darüber einig, daß ein weiterer Warenstand kein fettes Vieh, Ochsen, Kuh, Kalb oder Schwein, auf den Markt bringen kann. Wir haben kein Interesse an Wareneinfuhr minderwertiger, fremder Ware, deren weitere Einfuhr auch für das deutsche Fleischgewerbe den völligen Ruin bedeutet. Interesse an der Wareneinfuhr ausländischer

Bonzen-Wohlfahrts-Institute

Ein treffendes Urteil über die Ortskrankenkassen

Es kann nicht bestritten werden, daß die Hauptschuld an dem Zusammenbruch der Krankenkassen die Sozialdemokratie trägt. Die Partei, die aus den Krankenkassen eine Versorgungsanstalt für Tausende sozialdemokratischer Bonzen gemacht hat. Dieses vernichtende Urteil fällt nicht nur wir Nationalsozialisten, sondern Marxisten selbst an. So schrieb bereits am 6. August 1909 der kommunistische Reichstagsabgeordnete Böhlen über diese Frage in der „Welt am Abend“ folgendes:

„Die Schuld an diesen skandalösen Zuständen trägt vor allem die Kassenbürokratie, die sich zum größten Teil aus kranken Sozialdemokraten zusammensetzt. Diesen Leuten ist weit länger jedes soziale Gefühl abhanden gekommen. Sie wittern in jedem Kranken einen Kassen-Verträger und handeln dementsprechend. Gewiss sollen und müssen sich die Kassen vor Betrug schützen. Aber das muß in humaner und vor allem sozial einwandfreier Weise geschehen. Nur der darf als Kassenmörder behandelt werden, der als solcher überführt ist, usw.“

So urteilte der kommunistische Höllen über die von der Sozialdemokratie beherrschten Krankenkassen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse in den Krankenkassen kolossal verschlimmert. Die Sozialdemokratie hat mit der ungeschickten Leute in den Krankenkassen untergebracht und die Krankenkassen zu einer Bonzen-Versorgungs-Anstalt herabgewürdigt.

Die Träger der Korruption in den Krankenkassen waren meistens Sozialdemokraten. Auch der Gedanke der Verbesserung der Medizin und die Verbesserung des Krankendienstes wurde von dem Sozialdemokraten Lehmann geboren und auf dessen Anregung vom Kabinett Brünning zum Gesetz gemacht. Die verschiedenen Arbeitnehmer können sich also bei der Sozialdemokratie bedanken.

Eine der Hauptforderungen, um die Krankenkassen zu verbessern, ist die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Während auf offizielle Veranlassung bei allen Gelegenheiten der Verbrauch deutscher Waren und Erzeugnisse propagiert wird, gibt die deutsche Mundart dazu her, für den Kauf von russischem Geflügel und dänischer Butter in den Warenhäusern viel Aufheben zu machen. Unvorstellbar werden die deutschen Hausfrauen durch den Mundart aufgefordert, in holländische Warenhäuser zu laufen und ausländische Erzeugnisse zu kaufen, während die deutsche Landwirtschaft den Ertrag ihrer mühsamen Arbeit los wird. An Güte und Preiswert steht doch die landwirtschaftliche Erzeugung Deutschlands dem Ausland bestimmt nicht mehr nach!

Fleisch- und Fettware haben nur die großkapitalistischen Warenhäuser, Konsumvereine und Großhandelsfirmen, deren Interessenvertreter zu sein lehnen wir ab und fordern Deklaration von Auslandswaren!

Von einem nationalsozialistischen Fleischereimeister.

Die Kriegsoffer an die neue Reichsregierung

Aus Anlaß der Bildung der neuen Reichsregierung hat die Arbeitsgemeinschaft des Reichsverbandes und Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverbitter in einem Telegramm an die Reichsregierung zu den Gegenwartsfragen der Kriegsopferverfolgung Stellung genommen.

In diesem Telegramm wird u. a. darauf hingewiesen, daß die bisherigen Maßnahmen zur Versorgung der Kriegsoffer durch die Reichsregierung nicht den Ansprüchen der Kriegsopfer gerecht werden. Die Reichsregierung wird ersucht, die Maßnahmen zur Versorgung der Kriegsoffer zu verbessern.

Wichtigste Forderung ist die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Bekämpfung der Korruption in den Krankenkassen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Schutz der Landwirtschaft!

Kleine Anfrage des Abgeordneten Meyer-Quade der nationalsozialistischen Landtagsfraktion.

In den Kreisen der Landwirtschaft besteht lebhafter Vorwurf, daß ein starker Preissturz für landwirtschaftliche Erzeugnisse im kommenden Herbst mit Bestimmtheit zu erwarten steht. Diese Vorwürfe beruhen u. a. auf der Überlegung, daß deren Abdeckung auf die neue Ernte verschoben wurde, dann rückwärts eingetrieben werden, da sie bevorrechtigte Forderungen darstellen. Das daraus zu erwartende große Ansehen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen muß natürlich an sich schon einen Preissturz aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse herbeiführen.

Ich richte daher an die Staatsregierung die Anfrage, was sie im Hinblick auf den Herbst bestimmt zu erwartenden Preissturz für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu unternehmen gedenkt, um die Landwirtschaft vor einer erneuten schweren Schädigung zu bewahren?

Herabsetzung aller deutschen Schulden?

London, 9. Juni. Bei in den nächsten Tagen stattfindenden Besprechungen über die Ausfuhr für die Lanfanner- und die Weltkredit-Konferenz wird das englische Kabinett, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, sich auch die finanziellen Ereignisse in Deutschland in Erwägung ziehen. Englische Kreise seien durch die häufige Verwirrung in der Lage, sich zu erheben, daß die inneren Rückwirkungen in Deutschland als auf die Rückwirkungen in auswärtigen Angelegenheiten. Man bedauere zwar den Minderheits-Bruch sehr, man glaube jedoch nicht, daß hierdurch der Tendenz der Verhandlungen vorweggegriffen würde. Denn man wisse, daß, wenn jetzt in Lanfanne der Versuch gemacht werde, zu einer einseitigen Regelung der Reparationen vor dem Zusammentritt der Weltkonferenz zu gelangen, eine jede deutsche Reparationszahlungsfähigkeit festlegen. Die Weltkonferenz würde wohl in mehr oder weniger verbindlicher Form erfolgen, aber in der Sache bleibe sich das gleich. „Daily Herald“ steht eine Erklärung der deutschen Regierung voraus, daß Deutschland auch innerhalb von zwei Monaten seine Verpflichtungen auf die kommerziellen Schulden nicht mehr innehalten kann, wenn nicht etwas geschieht. Die deutsche Regierung werde die Lanfanner Konferenz darauf hinweisen, daß eine Krise rasch heran nahe, und werde eine Herabsetzung für alle deutschen Schulden vorschlagen. Dann werde die Frage entstehen, daß zwischen guten Schulden, die solvente Firmen im Ausland haben, und schlechten Schulden von wirklich insolventen Firmen ein Unterschied gemacht werden müsse. Es müßte also erst eine Art Aussondierung stattfinden, ehe man an die Herabsetzung der Schulden gehen könne. Daraus ergäbe sich dann die weitere Frage, ob noch genügend Zeit zur Rettung der Sache vorhanden sei. Die Weltkredit-Konferenz werde reitenden für beratende Zahlungsstellen eingerichtet, so daß für englische Bankhäuser kaum mehr irgendwelche Gefahren beständen. „News Chronicle“ rechnet damit, daß in Lanfanne die Reparationsverhandlungen möglicherweise unterbrochen und aufgeschoben werden müssen.

Wir schützen den westdeutschen Bauer und Winzer / Nationalsozialistische Arbeit im landwirtschaftl. Ausschuss des Preußen-Landtages

Berlin, 9. Juni. (Eigenbericht.) Der landwirtschaftliche Ausschuss des Preussischen Landtages trat gestern nachmittag unter Vorsitz des Pa. Meyer-Quade zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Ausschuss wollte beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung einen Einfluß geltend zu machen, daß dem Tarifschutz der deutschen Reichsbahn ausgenutzt wird, den Transport von Unterhaltungs- und den Ausnahmestellen für Milch auszulassen.

Westhilfe einzurichten und dafür Sorge zu tragen, dem westdeutschen Bauer und Winzer bessere Lebensmöglichkeiten zu geben. Ein Antrag, der das Staatsministerium ersucht, in Verbindung mit der Reichsregierung auf die Schaffung einer besonderen Westhilfe hinzuwirken, und die Preussische Regierung zu veranlassen, von sich aus Mittel zur individuellen Entlastung von bäuerlichen und Winzerbetrieben bereitzustellen, wurde angenommen.

Anschließend wurde der nationalsozialistische Ausschuss angenommen, der Maßnahmen zur Verbesserung der ungesunden Lage der Westdeutschen

fordert. Die Westhilfe aus dem Ausland soll auf das geringstmögliche Maß beschränkt werden. Weiterhin soll durch eine großzügige Werbung, unter Hinweis auf den Nährwert der Fischmehl, eine Steigerung des Fischverzehrs in der Bevölkerung erzielt werden. Durch Stundung, Niederlegung kleinerer Darlehen, Vergabe gering verzinslicher langfristiger Kredite, Verbilligung des Transportes von Fischerei-Erzeugnissen, Senkung der Pachtzinsen und Vereinfachung staatlicher Mittel für Kleinanleger zum Zwecke der Angliederung und Ausbelebung der durch Sturm und Unwetter verloren gegangenen oder zerstörten Fischerei-Gänge soll dem Fischerei-Gewerbe geholfen werden.

Schließlich fand noch ein weiterer nationalsozialistischer Antrag Aufnahme, der eine den Verhältnissen entsprechende Frachtminderung von landwirtschaftlich und gärtnerisch bestimmten Landfrachten fordert und die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die Westhilfe aus dem Ausland-Wirtschaften auf die Beteiligung von Steuern und sonstigen Abgaben deutschen Wirtschaften unterworfen wird, denen gemäß § 19 der Notverordnung vom 8. Dez. 1931 die Westhilfe unterliegt.

Wie die Großkonzern die Wirtschaft anzureichern

„Unsere Arbeiter sind gewöhnt, holländische Butter zu essen!“

Wir melden kürzlich, daß die Firma Krupp, die deutsche Industriewirtschaft gegen holländische Schokolade auszuspielen beschließt, im vorigen Jahre vom holländischen Geschäftsführer und Größerenverband einen auf eine ähnliche Zusammenkunft hinausgehenden Vorschlag erhalten hat. Dieses Anerbieten eines deutschen Verbandes wurde jedoch schamlos als indiskutabel abgelehnt.

Die G. Krupp-Werke erhielten kürzlich von einem süddeutschen Landbau ein schriftliches Angebot auf Verbesserung der Werte mit deutscher Butter. Das Angebot wurde abgelehnt mit dem Hinweis: „Unsere Arbeiter sind gewöhnt, holländische Butter zu essen.“